

Artikel auf „GEGENBLLENDE“ zu:

Wirtschaftswachstum /

Wachstumskritik

Inhalt

Vorbemerkung	2
Artikel auf Gegenblende	
2011	
<u>Juli/August 2011 (Ausgabe 10)</u>	
<u>Themenschwerpunkt: Wachstum und Wohlstand: Debatten über die Zukunft</u>	
• Die Neue Wachstumsdebatte (von: Dr. Kai Lindemann)	3
• Globales Wachstum zwischen Klima, Gleichheit und Demografie (von: Dr. Michael Dauderstädt)	5
• Jenseits des Wirtschaftswachstums (von: Roland Olbrich, Sina Frank)	8
• Wachstum und die Krise der Arbeit (von: Dr. Sabine Ferenschild)	11
• Industriepolitik - Wachstum - Innovation (von: Michael Vassiliadis)	14
• Gewerkschaftspositionen in der Wachstumsdebatte (von: PD Dr. Martin Allespach)	16
• Mehr Balance beim Arbeiten, Wirtschaften, Wachsen: Gut und zufrieden leben! (von: Dietmar Hexel)	19
• Wachstum - Entwicklung - Nachhaltigkeit (von: Dr. Rainer Land, Michael Müller)	25
<u>November/Dezember (Ausgabe 12)</u>	
<u>Themenschwerpunkt: Gerechtigkeit in der Europäischen Schuldengemeinschaft</u>	
• Ein sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt statt Wettbewerb um jeden Preis (von: Annelie Buntenbach)	32
2012	
<u>Januar/Februar (Ausgabe 13)</u>	
<u>Themenschwerpunkt: Fortschritt für Industrie und Dienstleistung</u>	
• Die Arbeitsverhältnisse im chinesischen Wachstumsmodell (von: Prof. Dr. Boy Lühje)	35
• Sozialer Basisschutz - eine Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung? (von: Dr. Thomas Greven)	
Anhang	
• Die Autorinnen und Autoren	41
• Selbstdarstellung „Gegenblende“	42
• Hinweise zum Wiki Gute Arbeit	43

Vorbemerkung

In der vorliegenden Dokumentation sind die Artikel zu den Themenbereichen „Wirtschaftswachstum“ / „Wachstumskritik“ zusammengestellt, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf „Gegenblende“, dem „gewerkschaftlichen Online-Magazin für die Debatten zur Zukunft unserer Gesellschaft“ (www.gegenblende.de) erschienen sind.

Eine Zusammenstellung dieser Artikel findet sich auch auf der Seite „Links - Gegenblende-Artikel zu: Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“ im „Wiki Gute Arbeit“ (www.wiki-gute-arbeit.de – s. Anhang). Auf dieser Seite findet sich auch ein Link, über den diese Dokumentation – ggf. in aktualisierter Fassung – heruntergeladen werden kann.

Der Anhang enthält Angaben zu den AutorInnen, die Selbstdarstellung der Gegenblende und Hinweise zum Wiki Gute Arbeit.

Für Hinweise und Anregungen bin ich dankbar (bitte an: bernhard.pfitzner@web.de).

Hannover, 1.5.12

Bernhard Pfitzner

2011

Juli/August (Ausgabe 10)

Themenschwerpunkt: Wachstum und Wohlstand: Debatten über die Zukunft

Die Neue Wachstumsdebatte (von: Dr. Kai Lindemann)

Eine Einführung ins Thema

Ursachen der Debatte

Seit ungefähr einem Jahr ist in Europa die Wachstumsdebatte wieder entbrannt. Die Ökologiebewegung hat sie zweifellos von jeher auf ihrer Agenda stehen, doch nun greift das Interesse in alle gesellschaftlichen Bereiche, beflügelt durch ein neues Bewusstsein für Klima und Umwelt. Die ökologischen Katastrophen der letzten Jahre zementierten dieses Bewusstsein, dass sich auch an den enormen Mitgliederzuläufen bei Umweltorganisationen zeigt.

Zudem lässt die kapitalistische Entwicklung in den neuen Boomländern China, Brasilien und Indien neue Befürchtungen vor ökologischen Effekten entstehen, die auf eine weltweite Umorientierung drängen.

Gewiss hat auch die ideologische Dimension der Finanzkrise Ende 2008 die Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Entwicklungsparadigma beflügelt. Das neoliberale Gesellschaftsmodell geriet damals ebenso in die Krise und verstärkt seitdem Fragen nach einer gerechten und ökologischen Wirtschaft.

Kernfragen und Kernüberzeugungen der Debatte

Die neue Wachstumsdebatte dreht sich in erster Linie um die Relativierung alter Gewissheiten. Was ist gesellschaftlicher Wohlstand, wenn bald ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse prekär sind? Warum brauchen wir jetzt wirtschaftliches Wachstum, wenn es auf Kosten der nachfolgenden Generationen geht? Sind ökologische Prämissen dem wirtschaftlichen Erfolg und dem gesellschaftlichen Wohlstand förderlich? Hierbei dreht es sich um diverse Konstellationen dieser Fragen, die von statistischen Neuberechnungen bis hin zur Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise reichen. Einig ist man sich bei den diskursiven Einschätzungen und Folgerungen:

Wir erlebten einen Epochenbruch, eine polanyis'che Transformation und benötigen einen dringenden Kurswechsel der Politik.

Was kommen soll und wie das „Neue“ auszusehen hat, ist allerdings noch nicht abschließend geklärt.

Historische Grundlagen der Debatte

Nun unterscheiden sich die Lager der Debatte enorm. Einige radikale Wachstumskritiker sind strikt gegen das vermeintliche Dogma des „Wachstums“ und fordern eine harmonische, stagnierende Wirtschaftsform. Anderen ist lediglich die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wichtig, genaugenommen die Frage: Für wen wächst die Wirtschaft? Wieder andere möchten nur die Frage der Wohlstandsindikatoren reformiert wissen. Und weitere Protagonisten möchten nur die Form des Wachstums reformiert wissen – sie wollen ein ressourcen-schonendes, qualitatives Wachstum.

Allen gemein ist die historische Perspektive auf die kapitalistische Entwicklung. Das fordistische Zeitalter der Massenproduktion und des Massenkonsums stoße an seine Grenzen, an die Grenzen des fossilen Raubbaus. Das postfordistische Zeitalter mit seiner neoliberalen „inneren Landnahme“, dem allgegenwärtigen Wettbewerbspostulat und dem finanzwirtschaftlichen Akkumulationsregime hat zwar nicht den „Traum immerwährender Prosperität“ wiederbelebt und auch nicht die fordistischen Produktionsmuster ausgehebelt, aber individuelle Wohlstandshoffnungen transportiert, die zunehmend hinterfragt werden. Jetzt in Zeiten der Imitation dieser Prosperitätsprinzipien durch die BRIC-Staaten, werden sie verstärkt im Westen in Zweifel gezogen. Insofern kehrt sich der stets vorhandene Imperialismusverdacht des Westens, mit seinen ungerecht anmutenden Dogmen der inter-

nationalen Arbeitsteilung in einen ideologischen Imperialismus um die humane Produktionsweise. Zweifellos lassen auch die neuen aufstrebenden Wirtschaftsnationen nachhaltige Prinzipien erkennen, aber ihr fossiler Hunger wird dadurch kaum zu bremsen sein.

Probleme der Begriffe

Inzwischen sind nicht nur nachhaltige, fair erwirtschaftete und biologische Produkte außerordentlich gefragt – gerade in Deutschland, auch in den Managementzentralen der großen DAX-Konzerne gibt es fast ausnahmslos Nachhaltigkeitsmanager, Nachhaltigkeitsberichte und einen Nachhaltigkeitsvorstand. Nun mag das alles im Trend liegen und damit marktkonform sein, aber von einer ernsthaften Relativierung des Wachstumsprinzips bzw. einer neuen Offensive für gerechten Wohlstand ist man damit noch weit entfernt.

Aber selbst die radikalsten Kritiker des vermeintlichen „Wachstumsdogmas“ verzichten bisher auf ein konkretes, widerspruchsfreies Gesellschaftskonzept. Sie bewegen sich zumeist in einem ganzheitlichen, kybernetischen Rahmen, der zwar die Stofflichkeit und Natur unseres Planeten prägnant erfassen kann, aber weder die menschliche Gesellschaft als hegelsches „Ganzes“ erfasst, noch eine begriffliche Tiefe des auf Wachstum fixierten Wirtschaftsmodells erreicht. Schließlich hängt dieser Begriff ebenso eng mit den kapitalistischen Grundprinzipien des Marktes und des Wettbewerbs zusammen, doch bisher hat kein Kritiker mit einer Anthropologie des Wachstums aufgewartet, die u.a. das Wachstum der Weltbevölkerung zum wirtschaftlichen Wachstum ins Verhältnis setzt.

Markt, Wettbewerb und Wachstum sind wirtschaftliche Mechanismen, die stets Macht intendieren und fundamentalisieren. Sie wurden selten durch ideologische Kassandrarufer auch nur annähernd eingeschränkt.

Jedoch sollten sie nicht aus dem politischen Fokus geraten, denn ihre Regulierung und Einschränkung misst sich an der staatlichen Handlungsfähigkeit, national und international. Diese Handlungsfähigkeit wurde im Zeitalter des Marktradikalismus enorm eingeschränkt. Ebenso radikal wie der Markt als Allheilmittel gesellschaftlicher Reproduktion propagiert wurde, sollte nun nicht das Wachstum verschmäht werden, solange keine tragfähige Alternative zu erkennen ist.

Ausblick

Die laufenden Debatten um Wachstum und gesellschaftliche Transformation müssen Gerechtigkeit und Wohlstand an zentraler Stelle thematisieren. Gerechtigkeit und Wohlstand beziehen sich sowohl auf alle Menschen auf dem Planeten, als auch auf nachfolgende Generationen. Dieser universalistische Fokus sollte auch beim Blick auf die Natur und die Gefahren ihrer Zerstörung nicht vernachlässigt werden.

Zudem sollten endlich die Machtverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus massiv kritisiert und bekämpft werden. Die Ideologie des Neoliberalismus hat lange Zeit dafür gesorgt, dass Märkte als Allheilmittel völlig getrennt von gesellschaftlichen Machtverhältnissen thematisiert wurden. Gegenwärtig beobachten wir, wie Ratingagenturen ganze Gesellschaften in den Ruin treiben. Wie wollen wir denn den Planeten nachhaltig reformieren, wenn wir selbst 3 Jahre nach der Finanzkrise immer noch keine notwendigen Regulierungen der Finanzwirtschaft durchsetzen können?

Die laufende Debatte um Wachstum und Wohlstand ist von enormer Bedeutung. Sie greift in viele Reformbaustellen über neue Formen der Demokratie und des demokratischen Wirtschaftens über. Sie ist wichtig zur Stärkung von Innovationspotenzialen und zur ideologischen Zurückdrängung neoliberaler Denkmuster. Nun ist es dringend erforderlich, von der Analyse abzurücken und Alternativen aufzuzeigen, wie der gegenwärtige Kapitalismus global reformiert werden kann.

Globales Wachstum zwischen Klima, Gleichheit und Demografie

(von: Dr. Michael Dauderstädt)

2010[1] wuchs das Weltbruttoinlandsprodukt wieder um etwa 4 Prozent, ähnlich wie vor der Krise. Das relativ starke Wachstum beunruhigt jene, die sich um die Erhaltung der Naturbasis für das menschliche Leben auf dem Planeten Sorgen machen. Manche von ihnen würden sogar ein weiteres Schrumpfen wie 2009 begrüßen. Umgekehrt hat das starke Wachstum der Vorkrisenzeit Millionen Menschen aus der Armut befreit, das Aufholen einiger ärmerer Länder (wie China, Indien oder Brasilien) beschleunigt und somit die globale Ungleichheit abgebaut – wenn auch um den Preis größerer innerstaatlicher Ungleichheit in den meisten Ländern. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung der zwischen- und innerstaatlichen Ungleichheit ist das Verhältnis des Einkommens im reichsten Fünftel der Weltbevölkerung (das sind etwa 1,4 Milliarden Menschen) zum ärmsten 50:1.[2]

Eine wichtige Ursache des Wachstums ist die Zunahme der Weltbevölkerung. Das durchschnittliche Prokopfeinkommen wuchs deshalb um etwa 1,2 Prozent langsamer als das globale BIP. Auch der Übergang von Arbeitskräften aus der Subsistenz- und Haushaltsproduktion in marktbezogene Erwerbsarbeit erhöhte das BIP, obwohl er nicht unmittelbar das Produktionsvolumen verändert und somit auch nicht die Naturbelastung.

Die drei Quellen der Naturbelastung: Ineffizienz, Reichtum und Demografie

Materielle Produktion belastet die Umwelt und verbraucht letztlich beschränkte Rohstoffvorräte. Der globale Effekt lässt sich als kombinierter Effekt von spezifischer Naturbelastung pro BIP-Einheit (gemessen in USD)[3], Wachstum des BIP/Kopf und Bevölkerungswachstum darstellen. Die Naturbelastung kann als CO₂-Ausstoß, als ökologischer Fußabdruck oder auch als Rohstoffverbrauch gemessen werden. Will man die Umweltfolgen senken oder wenigstens ihr Wachstum verlangsamen, so ergeben sich aus dieser Zerlegung drei Ansatzpunkte: die Entkoppelung von Naturbelastung und BIP-Wachstum und die Senkung oder der langsamere Anstieg von Prokopfeinkommen und/oder Weltbevölkerung. Der vorherrschende Ansatz konzentriert sich einseitig auf die Entkoppelung durch mehr Ressourceneffizienz und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Ressourcen.

Betrachten wir den CO₂-Ausstoß, der wegen seiner Klimafolgen als die kritischste Grenze des globalen Wachstums gilt. Zwischen 1991 und 2007 nahm er global um 37 Prozent zu, wobei das Wachstum des Prokopfeinkommens den größeren Beitrag lieferte, während sich die Umwelteffizienz des Wachstums sogar verbesserte - wenn auch langsam. Dass eine solche Entkoppelung möglich ist, belegt das Wachstum von Ländern, die ihren CO₂-Ausstoß trotz BIP-Wachstums zwischen 1990 und 2008 gesenkt haben, wie z.B. Deutschland (-22%), Großbritannien (-18%) oder Frankreich (-6%). Dabei hat Deutschland vom Radikalabbau der ostdeutschen Industrie „profitiert“. Um den Preis massiver Deindustrialisierung und temporärer Wachstumseinbrüche sind auch fast alle postkommunistischen Länder wie etwa Russland (-33%), die Ukraine (-54%) oder die neuen EU-Mitgliedstaaten (Lettland: -55,6%!) erfolgreiche CO₂-Reduzierer.[4]

Viele andere rasch wachsende Länder hatten aber starke Zuwächse zu verzeichnen. So stieg der CO₂-Ausstoß der Türkei (+96%), der Islands und Spaniens (+42%), Portugals (+32%), Griechenlands und Irlands (+23%) und – vom Volumen her am bedenklichsten – der USA (+13%).[5] China steigerte zwischen 1991 und 2007 seinen CO₂-Ausstoß sogar um 157 Prozent, gefolgt vom Mittleren Osten (+111%), Südamerika (+59%) und Afrika (+51%).[6] Da wirtschaftliche Entwicklung und Energieverbrauch eng zusammenhängen, würde eine Reduktion eine derzeit für diese Länder noch relativ teure Umstellung auf erneuerbare Energien erfordern.

China wird wegen seines hohen Wachstums gern als einer der Hauptschuldigen des Klimawandels gesehen. In der Tat ist sein Wachstum relativ CO₂-intensiv. Sein CO₂/BIP-Wert liegt um 1 und damit doppelt so hoch wie der des Weltdurchschnitts oder auch der USA. Allerdings verbirgt sich dahinter auch die Naturbelastung durch die Exportproduktion. Misst man die nationale CO₂-Last am Konsum statt an der Produktion, so schneiden reiche Länder (vor allem die USA) deutlich schlechter ab, da sie viele Produkte importieren, deren Herstellung energieintensiv ist oder sonst die Umwelt belastet.

Aber China ist trotz seines rasanten Wachstums noch arm. Sein Prokopfeinkommen liegt immer noch unter dem Weltdurchschnitt und betrug – jedenfalls vor der Krise – etwa ein Sechstel des US-Niveaus. Indien liegt nochmals weiter zurück bei etwa der Hälfte des chinesischen BIP/Kopf. Diese riesigen Niveauunterschiede bedeuten, dass auch das im Vergleich zu China langsame Wachstum der reicheren Länder, insbesondere der USA, gewaltige Outputmengen und damit auch entsprechende Mengen an CO₂ produziert. In den knapp zwanzig Jahren zwischen 1990 und 2009 stieg das BIP pro Kopf (und mit ihm die Naturbelastung) absolut in China nur um 5099 USD, in der OECD dagegen um 6896 USD und in den USA sogar um 9834 USD.

Die Verteilung von Einkommen und Naturbelastung

Eine gerechte Verteilung des Wachstums müsste das umweltverträgliche Wachstumsvolumen gleichmäßig streuen. Selbst wenn man für jeden Menschen auf Erden nur eine Zunahme des Prokopfeinkommens um 100 USD vorsähe, würde eine Reduktion des globalen CO₂-Ausstoßes enorme Effizienzsteigerungen erfordern. Nimmt man das EU-Ziel von 20 Prozent bis 2020 bzw. 80 Prozent bis 2050 (jeweils relativ zum Basisjahr 1990), so ergibt sich wegen der dann auf 8 bzw. 9,2 Milliarden gestiegenen Weltbevölkerung ein Effizienzziel von 0,2 kg/USD (2020) bzw. 0,035 kg/USD (2050) (gegenüber knapp 0,5 kg/USD heute).

Beschränkt man sich auf die Vorgabe, den CO₂-Ausstoß konstant zu halten, so dürfte das zu verteilende Welt-BIP nur in dem Maß steigen, wie die Entkoppelung gelingt. Geht man von den Werten der letzten Jahre aus, so stieg der Effizienzfaktor (CO₂/BIP) um etwa 2-3 Prozent. Bei einem Wachstum der Weltbevölkerung von etwa 1,2 Prozent bleibt noch ein gutes Prozent für die Zunahme des Einkommens bzw. Outputs, was angesichts eines Welt-BIP von ca. 64 Billionen USD 640 Milliarden USD ausmacht. Gleich verteilt, entfielen auf jeden Erdenbürger etwa 100 USD. Das erlaubt ein Wachstum des Prokopfeinkommens von 3,3 Prozent in Indien, 1,6 Prozent in China, aber nur 0,36 Prozent in der EU und 0,24 Prozent in den USA.

Eine solche asymmetrische Wachstumsbremse zulasten der reicheren Länder hilft auch die anderen beiden Quellen der globalen Naturbelastung, Ineffizienz und Bevölkerungswachstum, zu bändigen. Denn niedrige Prokopfeinkommen beeinflussen diese Komponenten negativ. Arme Länder wollen aufholen und sind bereit, höhere Umweltbelastungen in Kauf zu nehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Ist dagegen ein gewisser Lebensstandard erreicht, so steigt das Interesse an sauberer Umwelt und Nachhaltigkeit rasch an. Je niedriger das BIP/Kopf, desto höher ist tendenziell die Geburtenrate. Man verliert also eventuell in der dritten Komponente, was man in der zweiten gewinnt. [7] Es wäre also unter demografischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv, das Wachstum der ärmeren Länder zu bremsen.

Alle vorher gemachten Überlegungen abstrahieren von der Einkommensverteilung innerhalb der Länder. Aber die Ungleichheit innerhalb der Länder ist ebenfalls erheblich, wenn auch deutlich geringer als die globale Ungleichheit. Ein fester absoluter Betrag für das jährliche Wachstum des Prokopfeinkommens von 100 USD (also knapp 80€) wäre zwar für einen Hartz IV-Empfänger noch besser als die von der Bundesregierung vorgesehenen 5€/Monat, würde aber bei den meisten Beschäftigten, von den Besserverdienenden ganz zu schweigen auf wenig Gegenliebe stoßen. Aufsichtsräte großer Unternehmen konnten in Deutschland jüngst mit dem tausendfachen Zuwachs rechnen. Konservative Konsumkritik fordert bezeichnenderweise keinen entsprechenden Einkommensverzicht, sondern scheint an hohe Sparquoten mit entsprechendem Vermögensaufbau zu denken.

Entkoppelung durch mehr soziales Wachstum und Freizeit

Das hier benutzte BIP-Maß beruht auf konstanten Preisen (von 2005) und Kaufkraftparitäten, um reine Preis- und Wechselkursveränderungen, die keine Auswirkungen auf den realen Output und damit auf die Umwelt haben, auszuschließen. Aber selbst dieses bereinigte BIP kann wachsen, ohne dass die Umwelt stark belastet wird. Geben etwa Haushalte mehr für Musikdownloads aus, so steigen die Nachfrage und die Umsätze der Anbieter, ohne dass sich physisch viel bewegt. Werden Produktivitätsgewinne in mehr Freizeit umgesetzt, stagniert das BIP.

Die Entkoppelung von Wachstum und Naturbelastung sollte daher nicht nur in neuen Technologien für erneuerbare Energie oder ressourceneffizientere Produktion gesucht werden, sondern auch in

einem Strukturwandel hin zu einem höheren Konsum von sozialen Dienstleistungen (Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege) und dem Wachstum des entsprechenden Angebots. Wird dadurch die unbezahlte Arbeit von (überwiegend) Frauen im Haushalt durch professionalisierte und qualifizierte, gut entlohnte Erwerbsarbeit (teilweise auch der gleichen Frauen) ersetzt, so wächst zwar das BIP und der Wohlstand, aber kaum die Naturbelastung. Zwar kommt es im Zuge der Einkommensverbesserung vielleicht auch zu einem höheren Konsum materieller Güter, aber der Zuwachs dürfte bescheiden sein, da die Personen ja vorher auch über Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. verfügten. Auch bei den Investitionen, die die Produktivität von Dienstleistungen erhöhen, spielen materielle Ausrüstungen eine abnehmende Rolle, während immaterielles Kapital eine zunehmende Bedeutung aufweist.

Bevölkerungswachstum als Wohlstandsbremse

Die Qualifizierung von Frauen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt ohne die bisher vorherrschende Diskriminierung hätte einen weiteren wichtigen Effekt auf Wachstum und Umwelt: eine sinkende Geburtenrate. Das gilt für ärmere Länder ebenso wie für reichere. In ärmeren Ländern ist ein geringeres Bevölkerungswachstum dringend angezeigt, da die derzeitigen hohen Raten eine der größten langfristigen Naturbelastungen darstellen. In reicheren Ländern sollte das Bevölkerungswachstum gebremst werden, da wegen der globalen Einkommensverteilung (50:1) jede zusätzliche Person dort mit ihren traditionellen Lebensstandardansprüchen auf absehbare Zeit eine etwa 50mal höhere Belastung der globalen Umwelt darstellt als ein zusätzlicher Armer.

Die tatsächliche Politik verhält sich kontraproduktiv. Die herrschende Meinung sieht in einer hohen Geburtenrate (vor allem in den reicheren Ländern) ein Zeichen von gesellschaftlicher Dynamik und nationaler Stärke, während Stagnation oder Rückgang als Zeichen des nationalen Niedergangs interpretiert werden. Dabei geht es wahrscheinlich nur um eine Rückkehr zu Bevölkerungszahlen, wie sie vor einem halben Jahrhundert üblich waren. In den reicheren Ländern gibt es daher oft massive Anreize zur Erhöhung der Geburtenrate – für die Umwelt glücklicherweise ohne allzu großen Erfolg. In den meisten ärmeren Ländern wird – mit Ausnahme Chinas – eine bestenfalls halbherzige Politik der Familienplanung betrieben. Als Hauptgrund für die herrschende Politik gelten die befürchteten Probleme beim Übergang in eine alternde Gesellschaft.

Dabei steigt die Fähigkeit künftiger Generationen, ohne eigene Wohlstandseinbußen auch eine – dank erfreulich steigender Lebenserwartung – zunehmende Seniorenbevölkerung versorgen zu können, wenn die Naturbasis geschont wird. Knapper werdende Rohstoffe, schrumpfende Flächen pro Kopf für den Anbau erneuerbarer Biorohstoffe und wachsende Aufwendungen an Kapital und Arbeit zur Reparatur oder Vermeidung von klimabedingten Umweltschäden wie Überschwemmungen, Wirbelstürmen oder harten Wintern zweigen mehr an gesellschaftlicher Arbeit aus der Produktion von Konsumgütern ab als die Versorgung von mehr alten Menschen. Außerdem werden auch Ressourcen frei, die vorher der Betreuung und Versorgung einer größeren Kinderzahl zugute kamen. Wachsender globaler Wohlstand ist auch in Zukunft möglich in Gestalt sozialen und ökologischen Wachstums pro Kopf, das durch eine gleichmäßige Verteilung auf langfristig weniger Köpfe erleichtert wird, die ihr Glück eher von Freizeit und guter Arbeit als von immer weiter expandierendem Konsum erwarten.

-
- [1] Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Version eines im Januar 2011 von der FES veröffentlichten wiso-direkt mit dem gleichen Titel.
- [2] Vgl Michael Dauderstädt und Cem Keltek „Globale Ungleichheit: 50:1 für die Reichen“ (Bonn FES 2011)
- [3] Basierend auf Weltbankstatistiken in konstanten Preisen von 2005, umgerechnet zu Kaufkraftparitäten. Nominelle heutige Eurobeträge dürften entsprechend höher ausfallen.
- [4] UNFCCC Daten: http://unfccc.int/files/inc/graphics/image/jpeg/changes_excluding_2010.jpg (Zugriff am 28.12.10)
- [5] ebenda
- [6] http://www.iwr.de/klima/ausstoss_welt.html (Zugriff am 28.12.10)
- [7] Vgl. Harold Lind „A Tale of Two Crises“ in World Economics 2/2010, S. 131-149.

Jenseits des Wirtschaftswachstums (von: Roland Olbrich, Sina Frank)

Die schon seit Jahrzehnten bestehende Kritik an der gängigen Praxis der Wohlstandsmessung mittels des Bruttoinlandsprodukts (BIP), meist von Politikern und breiter Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen, ist vor wenigen Jahren in das Zentrum einer gesellschaftlichen Debatte gerückt. 2009 legte eine von Sarkozy einberufene Kommission unter dem Vorsitz der Nobelpreisträger Amartya Sen und Joseph Stiglitz einen Bericht über die Eignung des BIP als Wohlstandsindikator vor. Auch Deutschland beschäftigt sich damit: Anfang des Jahres hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission *“Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichen Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft”* ins Leben gerufen. Laut eigener Mitteilung soll die Kommission *„konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln. Sie soll Wege aufzeigen, wie die Ansätze zu nachhaltigem Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft weiter umfassend und konsequent gestärkt werden können, Wege zu einem tragfähigen Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt weisen und Schritte hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften definieren, das ökonomische, ökologische und soziale Zielvorstellungen verstärkt in Einklang bringt.“*

„Jenseits des Wirtschaftswachstums“ stellt sich der Frage, wie wir Wohlstand messen müssen. Dies ist nicht eindeutig zu beantworten, weil es bisher keinen geeigneten Indikator gibt. Als „Ersatz“ wird meist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – ein Indikator für die Wirtschaftsleistung eines Landes – verwendet, das jährlich vom Statistischen Bundesamt errechnet wird. Wächst das BIP, so die Argumentation, verdienen nicht nur alle Akteure in der Volkswirtschaft besser, also Arbeitnehmer und Unternehmen, sondern auch die Wohlfahrt steigt. Schrumpft es, wird das als Wohlfahrtsabnahme und großer Misserfolg der Wirtschaftspolitik der amtierenden Regierungen bewertet.

Aber ist das tatsächlich so? *“[...] Wir können die Seele unserer Nation weder durch den Dow Jones Index, noch durch die nationale Leistung anhand des Bruttosozialproduktes messen“*, erklärte einst Robert F. Kennedy und verwies darauf, dass das Bruttosozialprodukt längst nicht alles von dem umfasst, was das Leben lebenswert macht.[i] Erst 43 Jahre später wird dieser Punkt nun auch ausführlich in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Zweifel am Primat der ewig steigenden Wirtschaftsleistung werden laut, Kritiker wagen zu reflektieren, ob Wirtschaftswachstum auch eine Steigerung von Wohlstand bedeutet und ob Stagnation zwangsläufig im Hinblick auf eben diesen Wohlstand negativ zu sehen ist.

Der Vorsitzende des Vorstands des Denkwerks Zukunft und Sachverständige der Enquete-Kommission *“Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“*, Prof. Dr. Meinhard Miegel, erklärte in einem Interview im März 2011: Es hat sich gezeigt, *„dass für das Wohlstandsverständnis der meisten nicht nur und noch nicht einmal vorrangig materielle Aspekte bedeutsam sind. Mindestens ebenso wichtig sind Gesundheit, eine intakte Familie, Freunde, Muße und vieles andere.“*[ii]. Das Bruttoinlandsprodukt ist auch in dieser Hinsicht demnach längst nicht mehr das Maß aller Dinge, denn es kann diese Aspekte nicht erfassen. Darin stimmen auch andere Experten überein: *“those attempting to guide the economy and our societies are like pilots trying to steering a course without a reliable compass. The decisions they (and we as individual citizens) make depend on what we measure, how good our measurements are and how well our measures are understood“*, kritisieren die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen.[iii]

Aber was genau misst das BIP, und gibt es bessere Alternativen, um Wohlstand zu erfassen?

Was das BIP misst

Das BIP wird auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfaßt, einem statistischen Rechenwerk, das die auf Märkten stattfindenden Produktions-, Einkommens- und Ausgabenaktivitäten einer Volkswirtschaft berechnet. Der Fokus auf diese Aktivitäten hat aber auch zur Folge, dass für die Lebensqualität wichtige Aspekte nicht oder nur teilweise erfasst werden. Zum Beispiel Güter und Dienstleistungen, welche nicht über den Markt ausgetauscht werden wie Haushaltstätigkeiten oder ehrenamtliches Engagement.

Umgekehrt werden im BIP auch Praxen berücksichtigt, die mit der Erhöhung der Lebensqualität nichts zu tun haben. Dazu zählen zum Beispiel sogenannte defensive Kosten, also Kosten zur Beseitigung von volkswirtschaftlichen Schäden, die durch verschiedentlich wirtschaftliche Aktivitäten erst entstanden sind. Als Beispiel seien Autounfälle mit Personenschäden genannt: Die zur Behandlung der Verletzten eingesetzten Materialien und die Gehälter der Ärzte, Krankenpfleger und administrativen Mitarbeiter gehen positiv in das BIP ein. Somit entsteht die absurde Situation, dass ein erfolgter Schaden positiv bilanziert wird und – bei einer Interpretation des BIP als Wohlstandsindikator – Unfälle den Wohlstand steigern würden. Paradox ist zudem auch der Umgang mit natürlichen Umweltschäden wie beispielsweise Sturmschäden: ähnlich wie bei den defensiven Kosten werden auch hier sämtliche Aufwendungen zur Beseitigung der Schäden positiv im BIP angerechnet.

Bildet das BIP Wohlstand indirekt ab?

Die Befürworter der Nutzung des BIP als Indikator argumentieren häufig, dass das BIP Wohlstand zwar nicht direkt, aber immerhin indirekt abbilde. Grundlage dieser Argumentation ist eine Betrachtungsweise des BIP, die sich aus der zugrundeliegenden ökonomischen Kreislauftheorie ergibt. Gleichzeitig zum Gesamtwert aller Güter des Endverbrauchs stellt das BIP auch das gesamte Einkommen aller Wirtschaftssubjekte einer Gesellschaft dar. Wirtschaftswachstum erhöht also tatsächlich das durchschnittliche Einkommen. Allerdings wird darüber hinaus postuliert, dass sich aus einem höheren Durchschnittseinkommen auch bessere Wahlmöglichkeiten insbesondere der Haushalte ergeben, welche letztlich in höherem Wohlstand resultieren.

Dieser Argumentation folgend müsste das BIP mit einer Reihe von Indikatoren zusammenhängen, die Aspekte des menschlichen Wohlbefindens abbilden. Dies ist keineswegs der Fall, denn während zum Beispiel ein Anstieg des BIP bei geringem Pro-Kopf-Einkommen positiv mit Lebenserwartung und negativ mit Kindersterblichkeit korreliert, gilt dies ab einem gewissen Einkommensniveau nicht mehr. Auch in Bezug auf andere wichtige Wohlfahrtsaspekte wie beispielsweise die Alphabetisierungsquote ist ein Zusammenhang nicht zu erkennen.

Alternative Wohlfahrtsindikatoren

In den letzten Dekaden wurden unterschiedliche Ansätze unternommen, zu einer besseren Wohlfahrtsmessung zu gelangen. Der erste Ansatz besteht darin, das BIP in geeigneter Weise zu verändern, so dass wohlstandsrelevante Aspekte berücksichtigt werden. In den 1980er und 1990er Jahren wurden dazu zwei konzeptionell ähnliche Indikatoren entwickelt, der Genuine Progress Indikator („Indikator echten Fortschritts“) und der Index of Sustainable Economic Welfare („Index für nachhaltige ökonomische Wohlfahrt“). Beide Indikatoren wollen erfassen, ob Wirtschaftswachstum tatsächlich den Wohlstand erhöht oder nur darauf basiert, dass bestimmte Leistungen und Kosten nicht berücksichtigt werden. Dazu werden vom BIP volkswirtschaftlich-relevante Kosten abgezogen, etwa Kriminalität oder Umweltdegradation. Die Auswahl ist allerdings willkürlich, und zudem lässt die Datenlage häufig zu wünschen übrig. Insgesamt finden diese alternativen Indikatoren nur begrenzt Resonanz und nur wenige Länder berechnen und publizieren einen dieser Indikatoren.

Ein zweiter Ansatz beschäftigt sich mit dem grundsätzlichen Problem, dass zur Erstellung von alternativen Indikatoren entsprechende umfassende Datensätze benötigt werden, die zum Beispiel die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Umwelt erfassen. Um diesen Mangel zu beheben wurde – speziell für den Bereich Umwelt – die umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) konzipiert. Die namentliche Ähnlichkeit mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) kommt nicht von ungefähr: die UGRs sind als sogenannte „Satellitenkonten“ konzipiert, d.h. sie behalten die Struktur der VGR für Datenerhebung und –struktur bei, greifen aber umgekehrt nicht in die eigentlichen VGR ein. Erhoben werden Daten zu Umweltbelastung, Umweltzustand und Umweltschutzmaßnahmen, und auf dieser Basis können eine Reihe von alternativen Indikatoren berechnet werden. In viele dieser Indikatoren fließt allerdings das BIP wiederum prominent ein, und Kritikpunkte am BIP können somit auch auf diese alternativen Indikatoren übertragen werden.

Schließlich wurden in einem dritten Ansatz sogenannte „*Kompositindikatoren*“ entwickelt, bei denen das BIP nur einer von mehreren Unterindikatoren ist. Der bekannteste dieser Indikatoren ist der von Amartya Sen entwickelte Human Development Index (HDI), der auf der von Amartya Sen entwickelten Vorstellung von „*capabilities*“ beruht. Diese „*capabilities*“ erfassen die Handlungsspielräume, die Menschen zur Verfügung stehen sollten, um eine angemessene Lebensqualität zu realisieren. Darauf aufbauend misst der HDI Wohlstand in den drei als gleichberechtigt angenommenen Dimensionen materieller Wohlstand, Gesundheit und Bildung, die jeweils gemessen werden durch BIP, Lebenserwartung bei Geburt und Anzahl der (erwarteten) Schuljahre. Dass alle drei Dimensionen gleichwertig eingehen scheint im ersten Moment sinnvoll. Allerdings gibt es dafür keine normative Begründung und diese Gleichbehandlung der Dimensionen ist auch ein großer Kritikpunkt. Gleichwohl wird der HDI von vielen Ländern berechnet, und die alljährliche Publikation der weltweiten Rangliste von Ländern findet viel Beachtung. Es ergeben sich hierbei auch ganz andere Abfolgen als in der BIP-Rangliste: in 2010 rangierten beim HDI im Gegensatz zum BIP nicht USA, Japan und China, sondern Norwegen, Australien und Neuseeland auf den ersten Plätzen.

Schließlich sei noch zu erwähnen, dass - da alle alternativen Ansätze bisher nicht vollständig befriedigen - Frankreich einen neuen Vorstoß unternommen hatte, indem Präsident Sarkozy eine hochkarätige Kommission, die sogenannte „*Sarkozy-Kommission*“, aus internationalen Wissenschaftlern unter dem Vorsitz der beiden Nobelpreisträger Amartya Sen und Joseph Stiglitz berief. In ihrem Abschlussbericht erstellte diese Kommission zwar keinen neuen Indikator, zeigte aber Möglichkeiten auf, wie das BIP in geeigneter Weise in einen Wohlstandsindikator einfließen kann, etwa durch Einbeziehung von nicht auf Märkten gehandelten Gütern und Dienstleistungen.

Fazit

Die Antwort auf die Frage, ob das BIP ein geeigneter Wohlstandsindikator ist, muss klar verneint werden. Das BIP ist und bleibt ein erfolgreicher Wachstumsindikator für die Wirtschaftskraft eines Landes, kann aber nicht als Wohlstandsindikator dienen. Geeignete alternative Indikatoren sind nicht vorhanden, lediglich eine Reihe von Ansätzen, die eine große Verbesserung gegenüber der Verwendung des BIP darstellen, ohne dass sie normativen oder deskriptiven Ansprüchen gerecht werden – wie also der Wohlstand einer Gesellschaft zu messen ist oder ob das Gemessene mit Wohlstand korreliert.

Dies hat konkrete Auswirkungen für die Politik: wir stehen vor dem Problem, dass politische Zielvorstellungen zur Steigerung von Wohlstand nur ungenügend umgesetzt werden können, weil es keinen Indikator gibt, der angemessen misst und der somit auch nicht benutzt werden kann, um den Erfolg etwaiger Maßnahmen zu überprüfen. Wir steuern also in gewisser Weise blind, wenn wir Maßnahmen zur Wohlfahrtsverbesserung einsetzen. Daher ist es wichtig, dass die politische Debatte um Wohlstandsmessung weitergeführt wird, die in den letzten Jahren entstanden ist und die mit dem Bericht der Sarkozy-Kommission ihren bisherigen Höhepunkt hatte. Die zu diesem Thema Ende 2010 in Deutschland eingerichtete Enquete-Kommission wird bis Ende der Legislaturperiode ihren Bericht erstellen und es bleibt abzuwarten, ob daraus bedeutende neue Ansätze hervorgehen.

[i] Vgl.: Rede von Robert F. Kennedy, gehalten an der University of Kansas, Lawrence, Kansas, am 18. März 1968

[ii] Meinhard MIEGEL im Interview für "Unternehmerische Verantwortung", siehe:

http://www.bosch.com/de/com/sustainability/current/interviews/interviews_2011/prof-dr-meinhard-miegel.html, 18. März 2011

[iii] Prof. Joseph E. STIGLITZ, Prof. Amartya SEN, Prof. Jean-Paul FITOUSSI, "Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress", siehe: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr

Wachstum und die Krise der Arbeit (von: Dr. Sabine Ferenschild)

Die wachstumskritische Debatte wird in der Regel mit den „Grenzen des Wachstums“ in Verbindung gebracht. Angesichts der Endlichkeit der Ressourcen, der drohenden Klimakatastrophe oder der immer wieder diskutierten Frage des nicht-verallgemeinerbaren Lebens- und Konsumstils des Westens spielt das Bewusstsein um die Grenzen des Wachstums seit dem gleichnamigen Bericht des Club of Rome aus den 1970er Jahren eine wechselnd prominente Rolle. Ob die Debatte um erfolglose Klimakonferenzen, Sorgen um die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen wie Seltenen Erden (deren Export der Quasi-Monopolist China Ende 2010 drosselte) oder die Griechenland-Krise gerade hochkochte - eine zentrale Frage bleibt meist unterbelichtet: Welche Struktur und Form hat die Arbeit, deren Verausgabung die Grundlage des Wirtschaftswachstums ist, und gibt es im Kapitalismus eine Perspektive auf existenzsichernde Lohnarbeit für alle. Zwei Blitzlichter sollen einen Einblick in die Realität globalen Arbeitens geben.

„Normalität der Informalität“

Seit vielen Jahren verzeichnet die chinesische Wirtschaft hohe Wachstumsraten – abgesehen vom kurzen Einbruch nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Herbst 2008. Ob Textilien, Schuhe, Aktionswaren aller Art, Elektronik oder Solarkollektoren – immer mehr Massenware für den westlichen Konsum wird in China hergestellt. Als Auftraggeber fungieren nicht nur die sog. Global Player, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen. Damit sich die Produktion in China rentiert, wird auf die Arbeitsleistung von derzeit ca. 200 Millionen BinnenmigrantInnen zurückgegriffen. (1980: 2 Mio; 2015: vermutlich 300 Mio., Lange 2007). In vielen Branchen bilden Frauen den größten Anteil dieser WanderarbeiterInnen. Sie kommen auf der Suche nach Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie sichern können, aus den ländlichen Bereichen Chinas in die Freien Exportzonen der chinesischen Küstenprovinzen. Dort finden sie zwar in der Regel Beschäftigung, denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist immens, doch verletzen trotz zahlreicher Verbesserungen im chinesischen Arbeitsrecht die realen Arbeitsbedingungen in den Exportbetrieben nach wie vor zentrale internationale Arbeitsnormen. Diesen Tatbestand belegen viele Studien (s. u.a. Wick 2009).

Derartige Missstände, die sich auch in anderen Herstellerländern in Asien, Lateinamerika und Afrika feststellen lassen, machen augenfällig, dass das globale Wirtschaftswachstum nicht mit einer Globalisierung oder einem Wachstum formeller, existenzsichernder Arbeitsverhältnisse verknüpft ist, sondern dass es im Gegenteil geradezu auf der systematischen Verschränkung von formeller und informeller Arbeit beruht: Informell Beschäftigte arbeiten in der globalen Exportproduktion neben formell Beschäftigten, allerdings ohne einen schriftlichen Vertrag und mit mangelhaftem bzw. gar keinem sozialen Schutz. Die Zulieferer globaler Markenunternehmen nehmen systematisch die Zuarbeit kleiner, informell arbeitender Wirtschaftseinheiten mit entsprechend prekären Arbeitsbedingungen in Anspruch.

Die Verschränkung von informeller und formeller Arbeit ergänzt die durch die weltweite Einrichtung von Freien Exportzonen erfolgte systematische Absenkung von Arbeits- und Sozialstandards. Die ILO-Kernarbeitsnormen werden in diesen rund 3.500 Freien Exportzonen in 130 Ländern mit ca. 66 Mio. Beschäftigten (davon 70-90% Frauen) permanent verletzt. Positive Rückkopplungen dieses über Freie Exportzonen forcierten, exportorientierten Wachstumsmodells auf die jeweils lokalen Wirtschaften gibt es nur punktuell, soziale Fortschritte sind noch rarer.

Migration in die Informalität

Ein vergleichbares Bild ergibt sich beim Blick auf die Globalisierung der Landwirtschaft bzw. des Wachstums der globalen Agroindustrie und der Auswirkungen auf lokale ProduzentInnen: Produzierten KleinbäuerInnen weltweit Grundnahrungsmittel für die eigene Subsistenz und verkauften die Überschüsse auf lokalen Märkten, so brechen z.B. in Westafrika diese lokalen Märkte durch Lebensmittelimporte aus der EU zusammen. Die EU-Agroindustrie drängt nicht nur mit ihren gezielt für den Export produzierten Lebensmitteln auf die afrikanischen Märkte, sondern exportiert

sogar die in Europa nur noch als Müll verwertbaren Reste z.B. der Geflügelproduktion nach Afrika (Mari/Buntzel 2007). Viele kleinbäuerliche Betriebe in Westafrika brechen daraufhin entweder zusammen oder können nicht mehr so viele Menschen ernähren wie zuvor. Migration in die größeren Städte, in Nachbarländer oder gar nach Europa ist eine der Überlebensstrategien in dieser Situation. Die MigrantInnen wiederum arbeiten überall vorwiegend informell – ob im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder in Haushalt und Pflege.

Diese Blitzlichter zeigen exemplarisch, dass das „Normalarbeitsverhältnis“ einer sozial abgesicherten, vertraglich geregelten Vollzeit-Erwerbstätigkeit (das ohnehin männlich besetzt war und Frauen und MigrantInnen nur punktuell integrierte) sich im Zuge der kapitalistischen Globalisierung nicht globalisierte. Im Gegenteil: In den klassischen Industrieländern erodiert es. Der informelle Sektor dominiert die Weltwirtschaft mit einem Anteil von zwei Dritteln der gesamten Beschäftigung, je nach Region liegt der Anteil höher: In Indien arbeiten sogar 93% der Bevölkerung in der informellen Wirtschaft.

In absoluten Zahlen sind 1,8 Mrd. Menschen der weltweit 3 Mrd. Erwerbstätigen (laut einer Studie der OECD von 2009 mit dem Titel „Is informal normal?“) informell tätig. Von den 1,2 Mrd. Frauen (= 40%) unter den weltweit Erwerbstätigen arbeiten 52% informell. Ihr Anteil am informellen Sektor ist in allen Weltregionen höher als der der Männer. So arbeiten z.B. in Sub-Sahara-Afrika 81% der Frauen informell, aber „nur“ 64% der Männer. (Wick 2009, 15)

Für die meisten Menschen weltweit ist informelle Arbeit gleichbedeutend mit sozialer Unsicherheit und Armut: 1,2 Mrd. informell Beschäftigte leben von weniger als 2 US-\$ pro Tag, 700 Millionen sogar von weniger als 1,25 US-\$. Dass Frauen überproportional unter informellen und oft prekären Bedingungen arbeiten, ist auch eine Folge der anhaltenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Frauen die Zuständigkeit für den sog. „Care“-bereich zuspricht und ihnen den Zugang zu formellen Arbeitsplätzen, zu Qualifizierung und Aufstieg erschwert.

Hauptsache Arbeit?

Im Kontext des wachstumskritischen Diskurses lässt sich aus dieser Realität des globalen Arbeitens folgern, dass existenzsichernde Lohnarbeit und damit Teilhabe an den „Wachstumsgewinnen“ im kapitalistischen Wirtschaftssystem genauso wenig verallgemeinerbar ist wie der westliche, rohstoff- und energieintensive Lebensstil. Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts mit einem wachsenden Niedriglohn-Sektor, zunehmend prekären Arbeitsbedingungen und der Verfestigung von Arbeitslosigkeit scheint dies zu bestätigen. Die positive Wirkung der Konjunktur auf existenzsichernde Beschäftigung ist sehr begrenzt.

Die Konzentration der Gewerkschaften auf Arbeitsplatzsicherung ist vor diesem Hintergrund zwar verständlich, aber zum Einen vernachlässigt sie meist nicht nur Nachhaltigkeitsaspekte der zu sichernden Arbeitsplätze (Wie nachhaltig sind die Branchen wie z.B. die Autoindustrie, in der Arbeitsplätze gesichert werden sollen?), sie ignoriert zum anderen die Realität von immer mehr Menschen, insbesondere Frauen und MigrantInnen, die im informellen Sektor arbeiten und viel zu wenig im gewerkschaftlichen Blick sind.

Herausforderungen

Trotz der offensichtlichen Verknüpfung von Wirtschaftswachstum mit der Prekarisierung von Arbeit scheint seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 2008 „Wachstum“ als Ziel internationaler Politik und Wirtschaft rehabilitiert zu sein. Die sog. Abwrackprämie, die in Deutschland den heimischen Automarkt ankurbelte, ist hierfür ein markantes Beispiel. Die Aussetzung des verbesserten Arbeitsrechts in den chinesischen Exportbetrieben Anfang 2009, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden und die chinesische Wirtschaft wieder in Richtung Wachstum zu führen, ist ein anderes Beispiel. Der verbreitete Jubel darüber, dass die Wirtschaft in vielen Ländern wieder wächst, belegt, dass die politischen Instanzen am Tropf des Wachstumsmotors hängen - ohne Wachstum keine steigenden Steuereinnahmen, keine Chance auf Bewältigung der Schuldenproblematik und keine stabile Währung.

Angesichts dieser Wachstums-Euphorie mutet die Postwachstums-Debatte fast unzeitgemäß an. Das bedeutet aber keinesfalls, dass sie überflüssig wäre. Die massiven sozialen und ökologischen Probleme, vor denen die Menschheit steht, erfordern dringend einen Richtungs- und Paradigmenwechsel unseres globalen Wirtschaftens. Die Postwachstums-Debatte wird dazu aber nur beitragen, wenn sie ihre Wachstumskritik vervollständigt. Es darf ihr eben nicht nur um eine Kritik des tendenziell unbegrenzten Wachstums angesichts endlicher Ressourcen gehen oder um die Kritik an einer nicht-verallgemeinerbaren Lebensweise, vielmehr muss es ihr auch um die Kritik an einer offensichtlich nicht-verallgemeinerbaren Organisationsweise von Arbeit gehen.

Eine Wirtschaft, die wie die kapitalistische in ihrer Funktionsfähigkeit von einer permanent wachsenden Warenproduktion auf immer produktiverer Basis abhängt und damit im gleichen Zug den Faktor Arbeit in den Wertschöpfungsketten reduziert, kann keine Basis für die Existenzsicherung der Menschheit sein. Es würde deshalb zu kurz greifen, die Debatte von Alternativen auf die Forderung nach der Realisierung von „(menschen-)würdiger Arbeit“ (wie z.B. im Rahmen der Decent Work Agenda der ILO) oder den Kampf um Zugang zu formeller Arbeit zu reduzieren - auch, wenn beides zur Existenzsicherung der jetzt Erwerbstätigen wichtig ist.

Die Debatte von und der Kampf um Alternativen muss vielmehr perspektivisch auf die Überwindung der gegenwärtigen Form der Arbeit gerichtet sein. Wie organisieren wir Arbeit, die die materiellen Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens schafft und nicht in die Zwangsjacke der Verwertung gesteckt wird? Wie viel Produktivität vertragen Menschen und Umwelt? Wie überwinden wir die Spaltung in formelle und informelle Arbeit? Wie integrieren wir gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die der „Care“-ökonomie in das Arbeitskonzept? Das sind wichtige Leitfragen, die als Kritik der Arbeit und der Produktivität in den Kern der Post-Wachstumsdebatte gehören.

Literatur

- Mari, Buntzel 2007: Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings- Wer isst den Rest?, Frankfurt a.M.
- Kai Lange (2007): Wanderarbeiter in China. Knechte des Booms, (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,470890,00.html>, 30.6.11)
- OECD 2009: Is informal normal? The 60second guide (http://www.oecd.org/document/54/0,3746,en_2649_33935_42024438_1_1_1_1,00.html, 30.6.11)
- Ingeborg Wick (2009): Frauenarbeit im Schatten. Informelle Wirtschaft und Freie Exportzonen, Siegburg/München

Industriepolitik - Wachstum - Innovation (von: Michael Vassiliadis)

Seit einigen Jahren gibt es die digitalen sozialen Netzwerke. Das weltweit größte dieser Netzwerke, Facebook, hat mittlerweile fast 600 Millionen Mitglieder. Dabei sind diese sozialen Netzwerke wie etwa Xing, LinkedIn, Twitter oder eben Facebook von sich aus erst einmal nicht sozial im eigentlichen Sinne des Wortes. Es sind vielmehr, ohne positive oder gar negative Disposition, virtuelle Orte, an denen sich Menschen real miteinander verbinden. Menschen nutzen diese Netze sehr unterschiedlich: Die einen stellen private Fotos ein, halten Kontakt zu in anderen Ländern lebenden Verwandten und Freunden, andere dagegen nutzen die Plattformen rein beruflich. So oder so stehen sie aber in einem schnellen, ständigen Dialog. Und das an sich ist schon neu und verändert unser Leben; vor allem schafft es neue Möglichkeiten.

Gewerkschaften als soziale Netzwerke

Was viele Menschen im Angesicht des Neuen gern vergessen: Es gibt bereits viel ältere soziale Netzwerke, die sogar den Anspruch des Sozialen nicht nur in der Bezeichnung tragen, sondern dies als ihre Aufgabe definieren. Eines dieser Netzwerke sind die Gewerkschaften. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir als Gewerkschaft wollen uns dem Neuen auf keinen Fall verschließen. Wir wollen nicht behaupten, dass wir das soziale Netzwerk sind. Aber wir sind eines mit Besonderheiten und Stärke. Wir streben dem Neuen, dem Fortschritt entgegen. Denn unser Gestaltungsauftrag ist seit Beginn der Bewegung der Fortschritt selbst. Darunter verstehen wir aber nicht eine Entwicklung um der Entwicklung willen, sondern eine Entwicklung zum Besseren – und das beziehen wir auf Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Wir wollen, dass alle Menschen daran teilhaben können. Insofern sind Facebook und Co. – vorausgesetzt, man hat einen Internetzugang - sozial.

Wir sollten uns daran erinnern, dass die Hoffnung auf Fortschritt die Gewerkschaftsbewegung von ihren Anfängen an vorangetrieben hat. Dabei waren technologischer und sozialer Fortschritt stets eng miteinander verknüpft. Auch heute werden wir nur mit Fortschritt und Innovation die großen Aufgaben der Zukunft lösen. Dabei muss aber eines ganz klar sein: Erfolgreiche Innovation und sozialer Rückschritt schließen einander aus. Aus Prinzip haben wir uns nie dem Wandel verweigert - und werden das auch zukünftig nicht tun. Aber wir stellen Ansprüche an jedweden Wandel. Das Prädikat Fortschritt verdient der Wandel nur dann, wenn es dabei auch gerecht und solidarisch zugeht. Fortschritt ist für die Menschen da.

Angesichts der vielen Risiken unserer Zeit blicken die Menschen oft skeptisch in die Zukunft. Und manch einer wäre vermutlich schon froh, es bliebe alles beim Alten. Das ist nur allzu verständlich, aber hilft uns als Gesellschaft keinen Schritt weiter. Wir brauchen ein motivierendes Fortschrittsbild und eine Vorstellung davon, wie Neuerungen zu erzielen sind. Dazu müssen wir die Probleme ansprechen und uns daran machen, Lösungen zu finden. Denn nur wer ungeschminkt, ungeschönt und rücksichtslos die Lage so beschreibt, wie sie wirklich ist, der ist auch in der Lage, etwas Neues, etwas Besseres zu gestalten. Das erfordert vor allem Mut und in der Folge viel Kraft.

Fortschritt durch sozialen Dialog

Wir haben bei der Energiewende erlebt, dass visionäre Neuerungen nur mit großer Kraftanstrengung erreicht werden können. Dazu gehört, dass man auf allen Ebenen miteinander diskutiert und um bessere Lösungen ringt. Dieser Dialog fordert uns alle: Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften und die Gesellschaft. Denn nur gemeinsam können wir einen sozialen, und dennoch höchst innovativen Fortschritt realisieren. Dafür müssen wir den gesellschaftlichen Dialog stärken und vorantreiben. Ich habe in meinem Buch "Für den Fortschritt. Industriepolitik für das 21. Jahrhundert" ausgeführt, dass "Unternehmen (...) auch zur Legitimation ihrer in der Gesellschaft umstrittenen ökonomischen Macht dazu verurteilt sind, zur Lösung der großen Aufgaben der Gegenwart beizutragen". Wenn also Manager und Unternehmer wieder mehr Verantwortung für den Standort Deutschland und unser aller Gesellschaft übernehmen wollen, lade ich sie herzlich dazu ein, sich an unserer politischen Initiative für eine Kultur des Fortschritts zu beteiligen und sich dem gesellschaftlichen Dialog ehrlich zu stellen.

In den vergangenen Jahren hat die Diskussion um die Folgen der Globalisierung das Modell "Made in Germany" in den Hintergrund gedrängt. Dabei könnte Deutschland mit seiner Hochtechnologie und seinen sozialen Standards wieder zu einem Paradebeispiel für nachhaltigen Fortschritt werden. Denn darum geht es: Fortschritt und Wachstum sind nur dann erstrebenswert, wenn sie sozial und nachhaltig sind. Wir müssen es schaffen, dass die Menschen wieder mehr begeistert sind vom Neuen - wenn es wie bereits erwähnt das Bessere ist. Wie können wir diese Begeisterung entfachen? In dem der Fortschritt neben Gewinnen und einer gelungenen Refinanzierung eben auch eine stabile soziale Rendite erbringt: Für die Mitbestimmung, für unsere Demokratie, für die soziale Sicherheit, die Einkommen der Beschäftigten und ein starkes Gemeinwesen. Diese Liste lässt sich beliebig fortführen.

Es gibt in Deutschland keine echte Kultur des Fortschritts mehr. Es muss jemand den Anfang machen. Wer würde sich da mehr anbieten als die Gewerkschaften? Wir sind in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft tief verankert. In der Politik über unseren vom Grundgesetz und allen Bundesregierungen seit 1948 auch gewollten politischen Einfluss. In der Wirtschaft durch die Mitbestimmung und die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Und in der Gesellschaft, weil wir als IG BCE mit knapp 700.000 Mitgliedern tief mit dem Alltag der Menschen und den übrigen Institutionen wie Kirchen, Sportvereinen und Hilfsorganisationen verbunden sind. Da das Internet im Allgemeinen und soziale Netzwerke im Besonderen mittlerweile integrale Bestandteile sind im Leben vieler Menschen, sind wir dort ebenfalls aktiv und bieten Dialog sowie Hilfe an. Wir fordern und fördern den gesellschaftlichen Dialog und können politische Prozesse anstoßen, und im Gegensatz zur Wirtschaft tun wir dies auch, der dazu anscheinend oftmals die Kraft zu fehlen scheint - und bisweilen wohl auch der Wille.

Daher müssen wir uns daran machen, dass – wollen wir, dass es weiterhin Wachstum in der Wirtschaft gibt – eine moderne und zudem nachhaltige Industriepolitik Innovationen endlich wieder ermöglicht? Welches Unternehmen investiert schon gern Millionen oder Milliarden, wenn die Politik keine verlässlichen Rahmenbedingungen schafft? Gleichzeitig muss die Verteilung der Gewinne gerechter geregelt werden. Wir als Gewerkschaft kämpfen für gerechte Löhne, für eine faire Beteiligung der Belegschaften am immerhin von ihnen erwirtschafteten Gewinn. Nur wenn all diese Eckpunkte direkt miteinander verbunden werden, können wir einen Fortschritt erreichen, der es wert ist, das man ihn anstrebt.

Denn ob im sozialen Netzwerk, im Betrieb, in der Politik oder in der Gesellschaft – erst mit uns wird Deutschland zu einem Land sozialer Gerechtigkeit und nachhaltigen Fortschritts. Denn für uns als Gewerkschaft gilt nach wie vor der alte und dabei doch so fortschrittliche Leitgedanke: Zuerst der Mensch - er ist die richtige Richtschnur für Fortschritt und Zukunft.

Gewerkschaftspositionen in der Wachstumsdebatte (von: PD Dr. Martin Allespach)

Klimawandel und Ressourcenverknappung sind globale Herausforderungen, die unser Wohlstandsmodell in Frage stellen. Der steigende CO₂-Ausstoß bedroht das Weltklima. Vor diesem Hintergrund bekommen Wachstums-Debatten ein immer größeres Gewicht. Die Debatte ist von zwei Kritiken überlagert: die eine betrifft die Berechnung des gesellschaftlichen Wohlstands und die andere zielt prinzipiell auf den Wachstumsbegriff.

Die Kritik an der Messung von gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt

Seit Jahrzehnten gibt es eine kritische Debatte über das Bruttoinlandsprodukt als den Indikator für die Messung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Kritikpunkte sind vielfältig. Unentgeltliche, nicht am Markt bewertete Aktivitäten (z.B. Ehrenamt) kommen überhaupt nicht vor. Dagegen führen etwa Unfälle und Umweltschäden zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung. Einkommensverteilung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Zustand der Umwelt, die erheblichen Einfluss auf den Wohlstand einer Gesellschaft haben, existieren in der Kategorie Wachstum nicht.

Schon in der Vergangenheit hatte es eine Vielzahl von alternativen Ansätzen gegeben, die sich aber alle nicht durchsetzen konnten. 2008 hat die Französische Regierung eine Kommission eingerichtet, um Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt zu formulieren. Diese Stiglitz-Kommission plädiert für eine erweiterte statistische Berichterstattung, bei der das Bruttoinlandsprodukt um Indikatoren zur Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen, zur Entwicklung der Lebensqualität, zur Nachhaltigkeit und zur Umwelt ergänzt wird.

Ich halte das für richtig, denn eine Gesellschaft, die einen sozialen und ökologischen Kurswechsel der Wirtschaft realisieren will, muss auch das Instrumentarium haben, nicht nur den ökonomischen, sondern zugleich auch den politischen und humanitären Fortschritt zu überwachen.

Die radikale Kritik am Wirtschaftswachstum

Es gibt eine Vielzahl von Autoren, die sich unter dem Thema ökologische Wachstumskritik oder Postwachstumsdebatte verorten lassen. Das politische Spektrum dieser Debatte reicht dabei von Rechts bis Links, von Meinhard Miegel bis Elmar Altvater.

Eine Reihe von Argumenten bildet den Kern der wachstumskritischen Debatte:

1. In einer endlichen Welt ist endloses Wachstum nicht möglich.
2. Bei dem in den heutigen Industriegesellschaften erreichten Wohlstandsniveau ist zusätzlicher Konsum unsinnig.
3. Hintergrund der Kritik sind häufig Ergebnisse aus der Glücksforschung. Danach erhöht ab einem gewissen Wohlstandsniveau eine weitere Steigerung des Einkommens nicht mehr das individuelle Glücksempfinden.

Wachstumskritikern gebührt das Verdienst, die negativen Effekte des Wachstums in das Blickfeld gerückt zu haben. Doch dieser Blick ist verengt. Es gibt auch eine Reihe von positiven Wachstumseffekten. An erster Stelle steht die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wachstum bedeutet schließlich, dass mehr Güter und Dienstleistungen erstellt werden.

Wenn die Wirtschaftsleistung nicht oder mit einer zu geringen Rate wächst, aber gleichzeitig die Arbeitsproduktivität steigt, schrumpft das benötigte Arbeitsvolumen. Gelingt keine Kompensation durch Arbeitszeitverkürzung oder einen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials, steigt die Arbeitslosigkeit. In diesem Sinne ist Wachstum ein notwendiger Faktor für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für die IG Metall ist hiermit die Frage nach der Qualität von Arbeit eng verbunden. Unser Wachstums- und Wohlstandsmodell verweist auf „gutes Leben“ und „gute Arbeit“.

Neben den Arbeitsplatzeffekten hat Wachstum weitere Vorteile:

1. Der Gesellschaft als Ganzes steht eine größere Menge an Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Davon können – Verteilungsgerechtigkeit vorausgesetzt - prinzipiell auch viele partizipieren.
2. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist einfacher. Bei einer Stagnation müssten zusätzliche Mittel umverteilt werden.
3. Die bessere Ausstattung mit öffentlichen Gütern steht bei Wachstum nicht zwangsläufig in Konkurrenz zu andern Gütern.
4. Der Finanzierungskreislauf der Wirtschaft ist auf Wachstum angewiesen. Zinsen für Kredite können aus Wachstum finanziert werden.
5. Politische Verteilungskämpfe sind einfacher. Wenn Verteilung ausschließlich Umverteilung bedeutet, werden die Widerstände gegen höhere Löhne oder bessere Sozialleistungen massiver.

Grundsätzlich gilt: Ohne Wachstum ist die Dynamik eines kapitalistischen Wettbewerbs dauerhaft schwer vorstellbar.

Gewerkschaftliche Positionen in der Wachstumsdebatte

Ziel der IG Metall ist es, gezieltes Wachstum zu ermöglichen und gleichzeitig die negativen ökologischen Folgen von Wachstum zu vermeiden. Wir nennen dieses Konzept qualitatives Wachstum. Dabei geht es um die ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft, aber auch um die soziale und demokratische Erneuerung. Beides ist wechselseitig voneinander abhängig:

- 1.) Ein Schlüssel zu einem ökologisch verträglichen Wachstum ist Effizienzsteigerung. In vielen Industriestaaten konnte eine relative Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht werden. Relative Entkoppelung bedeutet, der Ressourcenverbrauch stagniert bei steigender Wirtschaftsleistung. Diese Erfolge reichen allerdings längst noch nicht aus, vor allem wenn die nachholende Industrialisierung in vielen Ländern der Erde mit berücksichtigt wird. Es muss gelingen, den Ressourcenverbrauch absolut zu reduzieren.
- 2.) Effizienzsteigerung ist nicht nur aus ökologischen Gründen das Gebot der Stunde. Auch Ökonomisch ist es für eine Exportnation wie Deutschland eine zukunftsträchtige Strategie. Öko-Effizienz wird im künftigen Innovationswettbewerb der Industrieländer eine immer größere Rolle spielen. McKinsey schätzt bspw. das Potential zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland durch energierelevante Wachstumsmärkte bis zum Jahr 2020 auf rund 850.000.
- 3.) Die Erneuerbaren Energien sind die tragenden Säulen einer kohlenstoffarmen Energieversorgung der Zukunft. Die Industriestaaten müssen bis 2050 ihren CO₂-Ausstoß um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 senken, das kann nur mit einem vollständigen Umstieg der Stromerzeugung auf Erneuerbare Energien gelingen.
- 4.) Bisher setzen die meisten Unternehmen ausschließlich darauf, die Produktivität der Arbeit zu steigern, meist durch eine höhere Arbeitsintensität auf Kosten der Beschäftigten. Der ökologische Umbau stellt dagegen eine viel höhere Steigerung der Produktivitäten des Energie- und Materialeinsatzes in den Mittelpunkt.
- 5.) Eine weitere Bedingung qualitativen Wachstums ist, dass der ökologische Umbau der Gesellschaft nicht ohne einen grundlegenden Umbau des Mobilitätssystems zu erreichen ist. Zurzeit konzentriert sich die Diskussion auf die Elektromobilität. Bis zum Jahr 2020 sollen in Deutschland eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße gebracht werden. Das ist ein guter Anfang. Es geht zugleich aber auch um die Vermeidung von Verkehr und um die Verkehrsverlagerung auf umweltschonendere Verkehrsträger. Die Zukunft liegt hier in integrierten Mobilitätssystemen.
- 6.) Eine zentrale Bedingung qualitativen Wachstums ist auch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. In den letzten Jahrzehnten ist die Verteilung immer ungleicher geworden. Eine andere Verteilung würde über eine wachsende Nachfrage zu erheblichem Wachstum führen. Dazu gehört natürlich auch, dass Kosten für den ökologischen Umbau nicht die untersten Einkommensgruppen oder die Finanzierung des Sozialstaates belasten.

7.) Wir brauchen eine intensive gesellschaftliche Debatte über das, was Wohlstand ist und sein sollte. Diese Diskussion haben wir mit unserer Kampagne ‚Gemeinsam für ein gutes Leben‘ und der von Berthold Huber angestoßenen Kurswechsel-Debatte bereits begonnen.

8.) Ein ökologischer Wirtschaftsumbau erfordert politische Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe in bisher nicht bekannten Umfang. Das bedeutet auf lange Sicht die Wieder-Herstellung des Primats der Politik über die Ökonomie. Notwendig dafür ist eine aktive und nachhaltige Industriepolitik. Damit ist der Anspruch verbunden, den industriellen Sektor zu gestalten und sich nicht mit der passiven Anpassung an einen Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu begnügen. Der industrielle Sektor ist – jenseits aller Debatten um eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft – nach wie vor die Basis der ökonomischen Entwicklung der unserer Gesellschaft. Nachhaltig ist die industrielle Entwicklung zunächst dann,

- a) wenn sie unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten ökonomisch effizient ist;
- b) wenn sie sozial tragfähig ist - also strukturellen Wandel ohne Brüche bei der Beschäftigung und den Einkommen gewährleistet und zur Sicherung einer regionalen Ausgewogenheit beiträgt,
- c) wenn sie ökologisch verträglich gestaltet ist und einen effizienten und umweltschonenden Ressourceneinsatz erreicht.

Die hier geschilderten Punkte müssen aus Sicht der IG Metall um ein weiteres konstitutives Nachhaltigkeitskriterium ergänzt werden: Unerlässlich ist eine umfassende demokratisch-gesellschaftliche Beteiligung durch institutionalisierte Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sowie ihrer Gewerkschaften bei wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen. Weil es nicht darum geht, einen „Optimalzustand“ auf dem Gesetzesweg zu verordnen und selbigen zu konservieren, sondern im Rahmen einer sozial regulierten Marktwirtschaft ständig neue Herausforderungen bewältigt werden müssen. Funktionale sowie auf breiter Legitimationsbasis ansetzende Lösungen sind aber nur dann möglich, wenn den „Stakeholdern“ weitreichende Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Nicht hinzunehmen ist - um ein konkretes Beispiel anzuführen - eine Entwicklung wie in der ostdeutschen Photovoltaikindustrie[1], die mit erheblichen Einsatz öffentlicher Mittel gefördert wurde, eine weitgehend mitbestimmungs- und gewerkschaftsfreie Zone darstellt, selbst im ostdeutschen Vergleich niedrigste Löhne zahlt, alle gesetzlich möglichen Ausnahmeregelungen bezüglich der Arbeitszeiten extensiv ausnutzt und die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband scheut.

Zusammengefasst: Mit einem Programm zum qualitativen Wachstum lässt sich ein ökologischer und sozialer Umbau der Gesellschaft organisieren. Ein solches Programm würde gleichzeitig zu mehr Arbeitsplätzen, Wohlstand und Wachstum führen. Es ist ein entscheidender Schritt zu einem guten Leben.

[1] Richter, U., Horst, G., Krippendorf, W. (2008): Solarindustrie als neues Feld industrieller Qualitätsproduktion – das Beispiel Photovoltaik, OBS Arbeitsheft 56, Frankfurt/Main.

Mehr Balance beim Arbeiten, Wirtschaften, Wachsen: Gut und zufrieden leben!

(von: Dietmar Hexel)

„Ohne mehr Wachstum geht es nicht. Ohne mehr Wachstum gibt es keinen sozialen Fortschritt. Ohne mehr Wachstum gibt es nichts zu verteilen. Ohne mehr Wachstum verringert sich unser Lebensstandard. Ohne Wachstum bricht der Finanzmarkt zusammen.“ Wirklich?

Das Mantra „Wachstum“ löst heftige Diskussionen aus – auch in den Gewerkschaften. Gewerkschaften sind in ihrer Geschichte durch einen positiv besetzten Wachstumsbegriff geprägt. Wachsen, damit mehr verteilt werden kann und es allen besser geht. Das war lange Zeit eine klare Sache. Obwohl das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 bis heute im „Magischen Viereck“ den Begriff „Wachstum“ als wirtschaftspolitisches Ziel definiert, wackelte in Folge der 68er-Debatte und dem Bericht von Meadows über die „Grenzen des Wachstums“ und der Ölkrise dieses Mantra. Auch seine unkritische Messgröße, das BIP, kam – zunächst folgenlos - ins Gerede. Besonders die Arbeitstagung der IG Metall 1972 „Qualität des Lebens“, an der ich teilgenommen habe, hinterließ bis heute Spuren in der gewerkschaftlichen wie allgemeinen Diskussion. Der sozialdemokratische Politiker Erhard Eppler sagte auf dieser Tagung u.a.

„Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie sie zu verwirklichen sei. Wir sprechen von Qualität, weil wir an der Quantität irre geworden sind. Am Anfang steht also auch hier nicht das Wissen, sondern der Zweifel. Wir zweifeln, ob dies gut für die Menschen sei: immer breitere Straßen für immer mehr Autos, immer größere Kraftwerke für immer mehr Energiekonsum, immer aufwendigere Verpackung für immer fragwürdigere Konsumgüter, immer größere Flughäfen für immer schnellere Flugzeuge, immer mehr Pestizide für immer reichere Ernten, und, nicht zu vergessen, immer mehr Menschen auf einem immer enger werdenden Globus.

Denn wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß dies auch bedeutet: immer schlechtere Luft, immer widerlicherer Schutthalden, immer unerträglicherer Lärm, immer weniger sauberes Wasser, immer gereiztere Menschen, immer mehr Giftstoffe in den Organismen, und immer mehr Tote auf den Straßen.

(...) Sicher scheint nur, daß dasselbe Wirtschaftswachstum, das unser Leben in den letzten 100 Jahren in vielem angenehmer gemacht hat, es schließlich auch unerträglich machen kann.[1]“

Das war vor 40 Jahren. Manches davon stimmt auch heute noch – oder erst recht. Nicht zu vergessen ist, dass vor 40 Jahren 3,8 Mrd. Menschen auf der Welt lebten, heute sind es 7 Mrd.[2], 2050 – also ziemlich bald – werden es mindestens 9,5 Mrd sein. Doch unübersehbar ist auch: technischer und gesellschaftlicher Fortschritt hat die Luft, beispielsweise mit Hilfe der „TA Luft“ über der Ruhr wieder blau gemacht und im Main und Rhein gibt es wieder (auch essbare) Fische. Es wurden Grenzen für Pestizide festgelegt, es gibt Bio-Nahrungsmittel, Recycling-Technologien und einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben sowie eine sich rasch entwickelnde Industrie für erneuerbare Energien und jede Menge guter Ideen für eine andere, bessere Mobilität.

Dem unkritischen Wachstumsbegriff der traditionellen Ökonomie stellten die Gewerkschaften in Folge der Debatte um „Wachstum“ in den 70er Jahren gemeinsam mit anderen den Begriff „qualitatives Wachstum“ entgegen. Dies meint, langlebige (heute sagen wir nachhaltige) Produkte und Dienstleistungen, die ohne die weitgehende Ausbeutung oder gar Zerstörung von Menschen und Natur hergestellt werden. Festzuhalten bleibt: gerade die Kosten für die Nutzung der Natur sind bisher weder hinreichend in der Kalkulation der Unternehmen, noch im BIP enthalten.

Heute wird sowohl weltweit, in Europa und seit neustem auch in Deutschland über Wachstum[3], seine Meßgröße und die Wachstumschancen und -risiken diskutiert. Meine Annahmen dazu lauten:

- Wachstum ist nicht die Voraussetzung, sondern das Resultat wirtschaftlichen Handelns. Wachstum ist kein Ziel an sich, Lebensqualität und Wohlstand dagegen sehr wohl.

- Das BIP ist keine zeitgemäße betriebs- noch volkswirtschaftliche Steuerungsgröße. Begrüßenswert sind die Entwicklung neuer Indikatoren, vor allem, wenn sie den Aspekt der Lebensqualität in den Focus nehmen.
- Die prozentualen Steigerungsraten des BSP sanken in den letzten 40 Jahren kontinuierlich, während sich der Ausstoß an konsumierbaren Gütern und Dienstleistungen und der Ressourcenverbrauch ständig erhöhte[4]. Die jährlichen Zuwachsraten werden in Zukunft kleiner werden, vermutlich werden sie zwischen 0,5 und 1,5 % liegen.
- Es geht in Zukunft weniger um weitere Gewinnsteigerung, sondern um Robustheit und das Vermeiden von Verlusten, sowohl in den Unternehmen wie in den Volkswirtschaften.
- Der derzeitige Wachstumsbegriff und das bisherige Wachstumsmodell ist überholt. Es muss durch ein Balance-Ziel der sozialen, ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkte ersetzt werden, wobei Gerechtigkeit und Ausgleich, und nicht individuelle Bereicherung die Leitsterne sind.
- Zu entscheiden ist nicht, ob Wachstum nötig ist, sondern wofür, welches und zu welchem Preis, der die Natur- und sozialen Schädigungen mit berücksichtigt.

In der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission, der ich als Sachverständiger angehöre, habe ich in meinen Eingangsstatement unter anderem ausgeführt:

„Das Wachstum an Gütern und Dienstleistungen hat nicht automatisch zu einem besseren Leben für die Mehrheit der Menschen und einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung geführt. Auch nicht in Deutschland. Heftige soziale Auseinandersetzungen waren nötig und stehen uns noch bevor. Weltweit als auch bei uns wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Trotz einer gigantischen Wertschöpfung leisten wir es uns, über Mindestlöhne und Hartz IV-Sätze unwürdig zu streiten, obwohl wir ein sehr wohlhabendes Land sind.

Im Kern wird es um die Fragen gehen: Wie kommen wir zu einer neuen sozial gerechten Wertschöpfung und -verteilung, zu einer Balance des Wirtschaftens, die Menschen und Natur nicht verschwenderisch ausbeutet? Wie kommen wir zu einer demokratischen Entscheidung, was, wie und wo produziert wird, wie zu einem Ringen, wie die Wertschöpfung verteilt wird? Nur eine solche Balance bietet die Chance und den Weg für

Erstens: mehr Lebensqualität,

Zweitens: Wohlstand

Drittens: Wachstum.“

Mit einer solchen Reihenfolge wäre das Mantra vom „Wachstum“ entzaubert. Nicht mehr Wachstum, sondern mehr Lebensqualität ist das Ziel. Die **Qualität des Lebens, Chancengleichheit und Wohlstand** und eine **aktive Teilhabe an der Kultur** sind für die Mehrheit der Bevölkerung die erstrebenswerten Ziele in unserer Gesellschaft. Sie gehören zu den Gründungsideen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Wenn wir uns nach diesen Zielen ausrichten und sie in einem demokratischen Dialog konkretisieren, können wir weiter gesund wachsen. Wachstum ist also das, was wir als Gesellschaft als wünschenswert definieren, beispielsweise:

1. bessere Schulen und Hochschulen,
2. Vollbeschäftigung und Teilhabe,
3. mehr freie Zeit und der Ausbau der Kultur,
4. weniger Burn-outs und Frühverrentungen,
5. bessere Luft, weniger Naturzerstörung,
6. ein anderes Mobilitätskonzept,
7. eine CO2-arme Energieversorgung,
8. ein effizientes Gesundheits- und Pflegesystem.

Ein solch anderer Wachstumspfad, der mit neuen Ideen, Möglichkeiten und Zielen einhergeht und die Dinge in die Balance bringt, wird zu deutlich mehr Lebensqualität und Wohlstand führen. Die nationale wie internationale Politik muss dazu eine Menge beitragen. Der Staat kann dies durch

entsprechende Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in die öffentliche Daseinsvorsorge steuern – und beispielsweise über seine Steuerpolitik eine Änderung des Verhaltens herbeiführen, nicht nur durch eine längst überfällige Finanztransaktionsteuer.

In Umfragen plädieren 88 Prozent für eine neue Form des Wirtschaftens bei der Umwelt- und Ressourcenschutz sowie der soziale Ausgleich eine stärkere Rolle als bisher spielen.

Als eigenständiges Ziel hat Wachstum bei vielen Menschen seine Strahlkraft ohnehin längst verloren. Auch weil die meisten von uns den Eindruck haben, dass bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung kaum mehr etwas vom gemeinsam erarbeiteten Wachstum ankommt: über zwei Drittel der Deutschen haben Zweifel daran, dass ihre Lebensqualität steigt, wenn die Wirtschaft wächst.

Balance und eine andere, qualitative Art des Wachstums bedeutet selbstverständlich Wachstumsregulierung und den politischen Mut zum Eingriff. Damit sind Maßnahmen verbunden die tatsächlich und wirksam, und nicht nur dem Schein nach, die totale Entfesselung des Kapitalmarktes wieder rückgängig machen. Mit einer geänderten Erbschaftssteuer, Ausgleichsabgaben für globale Transaktionen, Umweltkapital und Finanzprodukte gibt es hinreichende Vorschläge der Gewerkschaften und namhafter Wissenschaftler, die auf eine „ökosoziale, statt einer marktradikalen“ Weltfinanzordnung abzielt.[5] Nahezu eindeutig und unbestreitbar ist, dass ein Wachstum ohne regulierende Rahmenbedingungen die Grundlage unseres Zusammenlebens und Wirtschaftens zerstören würde.

Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch

Nirgendwo wird das so deutlich wie beim Verbrauch von Ressourcen, nicht nur bei Wasser, Luft und Boden. Mit einer Ressourcenentnahme von rund 60 Milliarden Tonnen jährlich entnimmt und verwendet der Mensch heute etwa um 50 Prozent mehr Ressourcen als noch vor 30 Jahren. Würde die gesamte Welt diesen Verbrauchsmustern weiter folgen, dürfte sich die globale Ressourcennutzung innerhalb von 20 Jahren vervierfachen.[6] Die noch weitgehend „kostenlose“ Nutzung der Natur führt dann zu unübersehbaren Schäden und Kosten.[7] Zumal die Weltbevölkerung jährlich um etwa 83 Millionen wächst. Das ist die Einwohnerzahl der Bundesrepublik.

Weiterhin sind begrenzte Ressourcen ein Flaschenhals für die industrielle Entwicklung. Das Industrieland Deutschland hat im Jahr 2008 Rohstoffe für 126 Milliarden Euro importiert, während aus eigener Förderung lediglich Rohstoffe im Wert von 10 Milliarden gewonnen werden konnten. Was knapper wird kostet auch mehr. Allein in der Stahlbranche sind die Preise für Eisenerz gegenüber dem Jahr 2000 um ca. 800 Prozent angestiegen. Zwischen 2000 und 2008 haben sich die Industrierohstoffe insgesamt um 57 Prozent verteuert.[8] Die oligopolistisch organisierten Rohstofflieferanten gehen keine langfristigen Verträge mehr ein. Dadurch nehmen die Preisvolatilitäten auf den Rohstoffmärkten zu. Außerdem befinden sich bestimmte Rohstoffe eher in den Ländern mit einer politischen Willkürmacht, was die Gefahr der Instrumentalisierung von Rohstoffen als politische Waffe erhöht. Hinzukommen noch die Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, die mit bis zu 30 Prozent die Preisbildungsprozesse beeinflussen – alles in allem eine problematische Perspektive für die deutsche Industrie.[9]

Konsequente Ressourceneffizienz (nicht nur bei Energie!), eine konsequente Kreislaufwirtschaft, Erfindung und Einsatz anderer Materialien und eine Politik der Mäßigung beim Verbrauch materieller Güter (in hoch entwickelten Ländern) kann eine Alternative zum Thema Ressourcenverknappung sein. Mäßigung ist für Gewerkschafter dabei ein schwieriges Wort. „Wenn es für alle nicht mehr reicht, springen die Armen ein“ ist eine bittere Erkenntnis aus vielen sozialen Kämpfen der letzten 200 Jahre. Dabei ist die Schere mit 1,2 Mrd. Wohlhabenden – zu denen auch wir in Deutschland zählen – und 5,3 Mrd. Armen weltweit und im nationalen Maßstab auch in Deutschland stark auseinander gegangen. Anders arbeiten und wirtschaften bedeutet deshalb auch, eine andere Verteilung bei der Produktion wie dem Besitz der Wertschöpfung. Es ist unschwer voraussehbar, dass die Auseinandersetzung um die Verteilung von Chancen wie Ergebnissen zunehmen wird. Gerechtigkeit und Mäßigung ist eine Forderung an alle, die deutlich mehr besitzen, als sie jemals verbrauchen können.

Unternehmen und Betrieb als Handlungsfeld

Der Erhalt des Industriestandortes Deutschland wird erheblich von unserem Willen und unserer Fähigkeit abhängen, das notwendige Wachstum vom Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln. An den Fähigkeiten mangelt es nicht: Deutschland ist einer der führenden Exporteure von Ressourceneffizienzlösungen. Am Willen hingegen gibt es noch Zweifel und die betreffen vor allem viele Unternehmen, die bei Kostensenkung zunächst an Personalkosten denken. Anderes wird bedauerlicherweise überwiegend an den betriebswirtschaftlichen Lehrstühlen auch nicht gelehrt. Die Universität Leuphana zu Lüneburg ist hier eine beispielhafte Ausnahme. Hier ist ein Curriculum „Nachhaltigkeit“ für alle Studierende verpflichtend, egal, welches Studium sie aufnehmen. Ein Blick in die Wirklichkeit zeigt: Personalkosten sind nicht das Problem, wer heute hier noch auf Kosten der Arbeitnehmer „spart“, hat morgen keine qualifizierten Wertschöpfer mehr. Die Material- wie Energieeffizienz wird nach wie vor vernachlässigt. Das ist wundersam, denn Material ist der viel größere Kostenfaktor. Wie sehr die gewerblichen Unternehmen den Materialbereich vernachlässigt und einseitig das Personal rationalisiert haben, zeigt sich an der Entwicklung: der Materialkostenanteil ist von 1993 bis heute von 38 auf 46 Prozent gestiegen, während der Personalkostenanteil von 27 auf 18 Prozent gefallen ist.[10] In einigen Industrien liegen die Personalkosten unter 10 %.

Die Unternehmen sind deshalb aufgefordert, mehr zu tun. Dazu gibt es zahlreiche Ansätze, die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten und Betriebsräte initiieren können:

- Entwicklung neuer Recyclingtechnologien,
- Verbesserung des Instandhaltungsmanagements, Ressourceneffizienzoptimierte Produktgestaltung,
- die Einführung einer Ressourcenkostenrechnung,
- die stärkere Nutzung nachwachsender Rohstoffe,
- die konsequente Umsetzung des Gedankens der Kreislaufwirtschaft
- der Schaffung eines Energie- und Ressourcen-Managers unterhalb der Geschäftsführung
- Ausbildung und Einsatz von „Betrieblichen Effizienzexperten“

Die Betriebsräte sind auch die natürlichen Ansprechpartner für Fragen der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz. Das Betriebsverfassungsgesetz räumt die notwendigen Handlungsspielräume ein. Im Wirtschaftsausschuss sollte dies ein ständiger Tagesordnungspunkt sein. Natürlich ist eine Qualifizierung für das Thema erforderlich, damit Wirksamkeit erzielt wird. Der DGB und das DGB Bildungswerk haben gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dazu ein Projekt gestartet (siehe hierzu den Beitrag in dieser Ausgabe). Unter dem Titel „Ressourceneffizienz für Betriebsräte und Beschäftigte“ hilft es den Genannten bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für nachhaltige Entwicklung und unterstützt eine verbesserte Ressourcennutzung in Unternehmen. Ein Zertifikatsabschluss „Betriebliche/r Effizienzexperte/In“ ist in Entwicklung.

Ein weiterer Ansatz in diesem Zusammenhang ist die Zusatzqualifizierung „Assistent/in für Energie und Ressourcen im Handwerk“, die derzeit in Erprobungslehrgängen in Nordrhein-Westfalen angeboten wird. Diese Qualifizierung findet in Ergänzung zum eigentlichen Berufsschulunterricht von Auszubildenden statt und umfasst 240 Stunden. Lehrinhalte sind unter anderem Grundkenntnisse der relevanten Normen und Gesetze, das Ermitteln von Energiesparmöglichkeiten im Betrieb sowie der effiziente Einsatz von Material.[11]

Natürlich sind auch in der Tarif- und Betriebspolitik der Gewerkschaften neue Aspekte zu diskutieren, die zu mehr Gerechtigkeit und Balance der Teilhabe und Güter führen. Branchenübergreifende Zeitskontensysteme, die beim Betriebswechsel mitgenommen und für verschiedene, auch längere Absenzen eingesetzt werden können, ein flexibles „Bildungskonto“ für Weiterbildung, abgesicherte Rechte für Qualifizierung, eine Übernahmegarantie für Auszubildende, eine längere Kündigungsfrist von mindestens neun, besser zwölf Monaten, in der sich die Betroffenen bei voller Bezahlung auch eine neue Arbeitschance suchen können, ein gebündeltes Belegschaftskapital, das nicht unmittelbar

konsumiert werden kann, dafür zur Stabilität der Vorsorge und Unternehmensfinanzierung genutzt werden kann und zu einer anderen Balance in den Unternehmenszielen führen wird.

Neue Energie für anderes Wachstum

Die letzten Monate waren in Deutschland von einer intensiven Energiedebatte geprägt. Ergebnis war ein erneuter Ausstieg aus der als zu riskant eingeschätzten Kernenergie. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist das Ziel. Für die notwendige Übergangszeit werden Gas und Kohle eine ausreichende und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Der Energieumstieg wird in Deutschland zu neuen Produkten und Dienstleistungen – und damit anderem Wachstum führen. Gleichzeitig wird er dafür sorgen, dass sich die Grundlage unseres Energiesystems von ausländischen Quellen (beispielsweise Uran, Gas) auf inländische (Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie, Sonne) verlagert. Bisher entfallen noch knapp 75 Prozent unserer Rohstoffimporte auf den Energiebereich. Das wird sich ändern und damit die Energieversorgungssicherheit und auch die Preisstabilität für die Industrie erhöhen. Nicht zuletzt wird der Umstieg auf "Erneuerbare" aber vor allem eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch auf diesem volkswirtschaftlich so wichtigen Sektor bringen. Die erneuerbaren Energien sind ein Beispiel für das andere, „richtige“ Wachstum.

Soziale Leitplanken des neuen Wachstums

Gleichzeitig zeigt die Branche der erneuerbaren Energien Schwächen. Sie liegen im sozialen Bereich. Während in den „alten“ Industrien Wachstum auch zu sozialem Fortschritt geführt hat, ist dies bei erneuerbaren Energien noch längst nicht überall der Fall. Anderes, qualitatives Wachstum wird nicht nur durch grünen Anstrich und positive Umweltwirkungen definiert. Es muss mit besseren Arbeitsbedingungen verbunden sein. Grüne Jobs sind nicht automatisch gute Jobs. Damit sie nachhaltig, also vor allem sozial sind und zu mehr Lebensqualität führen, müssen sie dem Konzept „Gute Arbeit“ entsprechen. Dazu gehören auf jeden Fall Tarifverträge und die gesetzlich vorgesehene Wahl von Betriebsräten – und wünschenswerter Weise auch eine neue Form der Teilhabe der Arbeitnehmer/innen sowohl bei der Gestaltung der Arbeitsprozesse, der Führung des Betriebs wie auch bei einer steigenden Wertschöpfung, sprich dem Besitz.

Noch sind, beispielsweise in der Solarbranche in Ostdeutschland, die Arbeitsverhältnisse häufig prekär. Das Lohnniveau liegt etwa 10 Prozent unter dem tariflichen Niveau ostdeutscher Branchentarifverträge. Arbeitnehmerunfreundliche Arbeitszeit- und Schichtplanung steigern die Arbeitsbelastung. Betriebliche Interessenvertretungen der Arbeitnehmer werden teilweise systematisch behindert oder verhindert.[12]

Daraus folgt: die ökologische Gestaltung der Wirtschaft muss sich zwangsläufig positiv in der Qualität der Arbeit niederschlagen, wenn sie attraktiv, wirksam und dauerhaft werden will. Wer nicht sozial ist, ist auch nicht nachhaltig, sondern produziert Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit statt mehr Lebensqualität.

Wachstum ist ein natürlicher Kreislaufprozess

Abschließend eine nachdenkliche Schlussbetrachtung: Täglich werden 370.000 Kinder geboren und alle paar Sekunden verhungert ein Kind. Letzteres können wir ändern. Wir werden geboren, wachsen heran und durchlaufen unterschiedliche Lebenszyklen. Wir leben in bestimmter Weise nur durch unsere Nachkommen weiter, denen wir durch unser Verhalten nicht die Möglichkeiten eigener Entwicklung abschneiden dürfen. Und wir wissen sehr genau, unser Leben ist unwiderruflich endlich, unsere persönlichen Möglichkeiten zum Konsum sind es auch. Die Ressourcen unseres Planeten sind ebenfalls in einer bestimmten Art und Weise limitiert. Doch anders als das menschliche Leben können und müssen wir sie immer wieder erneuern, schon aus Verantwortung gegenüber unseren Nachkommen – und anders verteilen. Es geht also um nachhaltige Entwicklung und qualitatives Wachstum, nicht um Wachstum um jeden Preis[13]. Der technische wie gesellschaftliche Fortschritt wird dies ermöglichen, wenn wir es richtig angehen. Da gehöre ich zu den Optimisten. Wir dürfen dabei nur nie vergessen – nicht nur wegen der Bilder aus Japan -, dass die Natur älter und stärker ist, als wir alle zusammen, woran Nassim Nicholas Taleb erinnert hat[14]. Wir können die Natur nicht

besiegen oder uns untertan machen. Doch wir können von ihr lernen, sie nutzen und sie - und damit uns - pfleglich behandeln.

-
- [1] Erhard Eppler, 1972, „Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?“, Stuttgart
- [2] UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division, “World Population Prospects: The 2010 Revision”
- [3] zu den einzelnen Aspekten der Wachstumsdiskussion sei hier auf die hervorragende Buchreihe „Zukunft der Erde“, herausgegeben von Klaus Wiegandt, Stiftung Forum für Verantwortung, verwiesen
- [4] Statistisches Bundesamt, „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Wichtige Zusammenhänge im Überblick“, S. 12
- [5] Dirk Solte (2009): Weltfinanzsystem in Balance: Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft und Heiner Flassbeck (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts sowie Hendrik Enderlein: Global Governance von Finanzmärkten in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 08/2009
- [6] zitiert nach „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“, EU-Kommission, KOM(2005) 670
- [7] Hans-Christoph Binswanger (2009): Vorwärts zur Mäßigung: Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft
- [8] Instit. der dt. Wirtschaft, Vortrag Konferenz Nachhaltigkeit, September 2009, Stuttgart
- [9] DGB, „Bericht zur gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Lage“ an den Bundesausschuss 02.03.2011
- [10] „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“, Endbericht, Dez. 2010, Zusammenfassung Seite 10
- [11] <http://www.lgh.de/1/lgh-webseite/projekte/aktuelle-projekte/assistentin-assistent-fuer-energie-und-umwelt.html>
- [12] Christina Deckwirth „Ein New Green Deal im Interesse der Beschäftigten?“, Hans-Böckler-Stiftung, Jan. 2010, Seite 41
- [13] vgl. auch Michael Müller/Johano Strasser „Transformation 3.0 – Raus aus der Wachstumsfalle“ (2011)
- [14] Nassim Nicholas Taleb (2010): Der Schwarze Schwan – Konsequenzen aus der Krise

Wachstum - Entwicklung - Nachhaltigkeit (von: Dr. Rainer Land, Michael Müller)

Ein **grundlegender Konflikt** durchzieht die Debatte über Wachstum:

- Die einen befürchten bei einem niedrigen oder Null-Wachstum, erst recht bei einer Schrumpfung eine *tiefe Krise* der Wirtschaft, der Beschäftigung und der Sozialsysteme und einen *Rückgang des Wohlstands*. In Europa gab es seit der industriellen Revolution kaum Erfahrungen mit längeren Perioden ohne Wachstum und die aus der Geschichte oder anderen Ländern sind weder attraktiv noch ohne weiteres auf die heutige Situation übertragbar.
- Die anderen verweisen insbesondere auf die ökologischen Folgen des quantitativen Wachstums wie Klimawandel, Peak-Oil und Artenvernichtung, weil die begrenzten *Ökosysteme der Erde übernutzt* werden und letztlich sogar die Gefahr einer „*ökologischen Selbstvernichtung*“ (Siegfried Lenz) denkbar wird.

Tatsächlich haben alle ökonomischen Prozesse einen **doppelten Charakter**: Sie produzieren monetär bemessene Werte und transformieren/entwerten dabei Energie und Stoffe. Sie schaffen sowohl die erwünschten Gebrauchsgüter, mit denen wir unsere Bedürfnisse befriedigen, als auch Abwässer, Abgase und Abfälle, also Emissionen und Abprodukte, die in die großen Senken des Erdsystems verlagert werden. Und sie nutzen immer umfangreicher die natürlichen Rohstoffe, die begrenzt und damit endlich sind.

Von daher gibt es einen „*Kipppunkt*“, an dem die Vorteile des Wachstums in Niedergang umschlagen. Dieser Konflikt ist lange bekannt. Schon *Immanuel Kant* schrieb im „*kategorischen Imperativ*“ von der „**begrenzten Kugelhälfte**“ unseres Planeten.

Gestaltung und Grenzen

Unbestritten ist, dass die Gesellschaft eine Dynamik der Veränderungen braucht, die materiell durch die Entwicklung von Wirtschaft und Technik erzeugt wird. *Alain Touraine* nennt das die Fähigkeit zur „**Selbstproduktion von Gesellschaft**“. Von daher stellen die Grenzen des bisherigen Wachstumsmodells *vier Grundsatzfragen*. Sie zeigen, dass die globalen Zusammenhänge und die Systemfragen nicht ausgeblendet werden dürfen:

- Gibt es eine *Entwicklung ohne Wachstum*, die mehr Lebensqualität, Wohlfahrt und Emanzipation möglich macht?
- Sind „kapitalistische Wirtschafts- und Regulierungsformen ohne die bisherige Form der Akkumulation überlebensfähig“ (*Karl-Georg Zinn* 2008), ist eine „*Steady state*“-Ökonomie (*Herman Daly*) als globales Modell denkbar, ist „*Degrowth* ohne einen grundlegenden Systemwechsel“ überhaupt machbar (*John Bellamy Foster*)?
- Ist trotz der unbestrittenen ökologischen Gefahren das bisherige quantitative Wachstum in den Ländern des Südens weiter notwendig, um den *Entwicklungsabstand zu den Industriestaaten zu verringern* und für alle menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen?
- Wie wird in den Industriestaaten, auch um Zeit für den Umbau in eine nachhaltige Ordnung zu gewinnen, eine *selektive Wachstumsstrategie* möglich, mit der das wächst, was sozial und ökologisch verträglich ist, während das schrumpft, was nicht nachhaltig ist?

Der Traum von der immerwährenden Prosperität

Aus der Zeit hohen Wachstums resultierte in der Industriegeschichte der **kurze Traum immerwährender Prosperität** (*Burkart Lutz*). Vor allem in der Zeit zwischen 1950 und Anfang der siebziger Jahre war hohes wirtschaftliches Wachstum in den westlichen Industriegesellschaften die große Fortschritts- und Integrationsmaschine.

Dann kam der Einschnitt. Um die Wachstumsschwäche ihrer Volkswirtschaften zu beheben, setzten seit den achtziger Jahren die britische und amerikanische Regierung auf Deregulierung und Liberalisierung. Ausgerichtet auf eine kurzfristige Gewinnsteigerung übernahmen die Finanzinstitute die Steuerung der Wirtschaft. Dadurch wurden zwar Wachstumsimpulse ausgelöst, aber die wirtschaftliche Entwicklung entfernte sich immer weiter von *Gleichgewichtszielen*.

Das Bestreben, zu den hohen Wachstumsraten der sechziger Jahre zurückzukehren, basiert auf einer gravierenden *Fehleinschätzung der Wachstumsmöglichkeiten* hochentwickelter Industriestaaten. Nicht nur die ökologischen Gefahren, auch die Finanzkrise 2008 haben nicht zuletzt ihre Ursache in einem übersteigerten Pro-Wachstums-Prinzip. Denn:

- Alle hochentwickelten Industriestaaten müssen von einem deutlich geringeren Wachstum ausgehen, weil konstante Wachstumsraten *immer höhere absolute Beträge* erfordern. Über ein bestimmtes Maß hinaus können die Raten schon aus immanenten Gründen immer weniger gesteigert werden (*Urs Müller-Plantenberg 1998*).
- Zudem wird die *monetäre Seite des wirtschaftlichen Wachstums vernachlässigt*, denn der Zuwachs wird immer stärker kreditfinanziert. Durch die Dominanz der globalisierten Finanzmärkte werden hohe Realzinsen gebildet und überhöhte Renditen gefordert. Ein wachsender Anteil des Wachstums entfernt sich von den realwirtschaftlichen Möglichkeiten.
- Wachstum auf Pump zwingt die Schuldner zu harten Budgetrestriktionen.
- Um das reale Wachstum auch nur konstant zu halten, müssen steigende Mengen an Energie und Material eingesetzt werden. Mit der Nutzung und Wandlung von Ressourcen ist nicht nur eine Überlastung der Kreisläufe (Klimawandel) und eine zunehmende Knappheit (Peak-Oil) verbunden, sondern auch der *Entropieanstieg*, dessen Bedeutung für die Ökonomie *Nicholas Georgescu-Roegen* herausgearbeitet hat.

Weil jedoch alle Politiken auf ein möglichst hohes Wachstum ausgerichtet sind, wird die Auszehrung der Zukunft beschleunigt, deren Folgen wiederum durch noch mehr Wachstum beseitigt werden sollen. Solange es nicht zu einer grundlegenden Neuordnung kommt, begibt sich die Politik immer tiefer in eine „Geiselhaft“ vom wirtschaftlichen Wachstum.

Große Transformation – zweiter Teil

Vieles spricht dafür, dass wir erneut vor einer „**Großen Transformation**“ stehen. In seinem Werk „*The Great Transformation*“ von 1944 sah *Karl Polany* in einer „Marktgesellschaft“, verursacht durch die Verselbständigung der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft, den Grund für die großen Krisen des letzten Jahrhunderts.

Auch das englische Wirtschaftsblatt *The Economist* beschrieb die Weltwirtschaftskrise von 1929 als Folge des Auseinanderfallens zwischen wirtschaftlichen Umwälzungen und gesellschaftlicher und politischer Modernisierung. Dieser Grundkonflikt wurde nach 1950 in den westlichen Industriestaaten durch institutionelle Arrangements (Keynesianismus/Wohlfahrtsstaat) entschärft, in Westdeutschland durch die *soziale Marktwirtschaft*.

Mit der Aufkündigung der *Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods* und den *ökologischen Grenzen* des Wachstums in den siebziger Jahren sowie dem Aufstieg der *Globalisierung* und des *Finanzkapitalismus* kam es erneut zu einer „*Entbettung*“ der Ökonomie aus ihren sozialen und gesellschaftlichen Bindungen. Deshalb geht es heute um die **große Transformation – zweiter Teil**. Sie erfordert eine **nachhaltige Entwicklung**.

Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die **Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung**, wie sie *Joseph Schumpeter* in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt hat. In der Grundidee steht sie auch hinter dem von *Karl Marx* verwendeten Modell der „erweiterten Reproduktion“ und seiner dialektisch-materialistischen Geschichtsdeutung.

Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung

Joseph Alois Schumpeter gehörte lange Zeit zu den wenigen Wirtschaftswissenschaftlern, die von einem Fortschrittsoptimismus geprägt waren. Im Gegensatz zum wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream am Beginn des letzten Jahrhunderts sah er Märkte prinzipiell in einem Ungleichgewicht und erklärte die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung *aus sich selbst heraus*.

Das bedeutet, dass Gleichgewichtssituationen nur in seltenen konjunkturellen Momenten erreicht werden. In der Regel werden die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Technologie und Ressourcen *immer neu* zusammengesetzt. Alte Strukturen werden beseitigt und durch neue ersetzt. Es wäre falsch, Schumpeter auf die Beschreibung des schöpferischen Unternehmers zu begrenzen, zumal er dem Staat durchaus die Fähigkeit zuschrieb, in unterschiedlichen Epochen Innovationen im Wirtschaftsleben voranzutreiben und durchzusetzen.

Seinen Ruhm verdankt Schumpeter den drei methodischen Neuerungen in seinem Hauptwerk „*Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*“ von 1911/12:

- die Verbindung zwischen klassischer Ökonomie und historischer Schule;
- die Überwindung statischer Betrachtungen durch ein dynamisches Modell;
- die Erweiterung der Wirtschaftstheorie in Richtung einer Sozioökonomie.

Schumpeters Theorie erklärt die Konjunkturzyklen aus der *wirtschaftlichen Dynamik*. Die Unterscheidung wirtschaftlicher Entwicklung von wirtschaftlichem Wachstum zieht sich durch sein gesamtes Werk. Sie hat zentrale Bedeutung für die Förderung des Strukturwandels und die Gestaltbarkeit des Wirtschaftsprozesses. Um es an einem Beispiel Schumpeters zu verdeutlichen: „*Autos mit Bremsen schneller fahren, als sie es sonst täten, weil sie mit Bremsen versehen sind.*“

Innovationen statt Wachstum

Wirtschaftswachstum wird als Zunahme oder Abnahme der Größe des Sozialprodukts verstanden, der in Preisen erfassten Gesamtheit der Güter und Dienstleistungen. Davon unterscheidet Schumpeter eine wirtschaftliche Entwicklung durch die *Neukombination* des Wirtschaftsprozesses (oder: Innovationen) mit Hilfe neuer Produkte und neuer Produktions- und Konsumtionsverfahren, verbunden mit dem Verschwinden alter Produkte und einer Veränderung der Proportionen innerhalb des Sozialprodukts und zwischen den Branchen.

Schumpeter unterscheidet für derartige Neukombinationen fünf Fälle:

- Erzeugung und Durchsetzung neuer Güter oder neuer Qualitäten von Produkten;
- neue Produktionsmethoden und Geschäftsmodelle;
- Erschließung/Nutzung neuer Bezugsquellen bei Rohstoffen oder Halbfabrikaten;
- Funktions- und Organisationsfähigkeit der Märkte;
- Erschließung neuer Absatzmärkte.

Der Wirtschaftskreislauf

Ausgangspunkt ist die *Bestimmung des Wirtschaftskreislaufs*. Schumpeters theoretischer Bezug ist ein gleichbleibender Kreislauf, in dem alle Produktions- und Konsumtionsprozesse unverändert ablaufen. Inputs wie Outputs wachsen in gleichem Maße und in gleichbleibenden Proportionen. Das wäre ein *Wachstum ohne Entwicklung*.

Bei Produktinnovationen werden andere Konsumgüter oder neue Produkte erzeugt, bei Prozessinnovationen wird mit weniger Einsatz an Arbeit, Energie, Rohstoffen oder Produktionsmitteln die gleiche Menge erzeugt. Volkswirtschaftlich gehören beide zusammen: Prozessinnovationen setzen Innovationen bei den Produktionsmitteln voraus, bessere Verfahren erfordern neue Anlagen; eine produktivere Arbeit setzt eine bessere Reproduktion und Bildung der Arbeitskraft voraus, also zum Beispiel bessere Wohnungen, gesünderes Essen, mehr Kultur und eine höhere Bildung.

Entwicklung entsteht demnach im Unterschied zu bloßem Wachstum durch die *Kumulation vieler Innovationen*. Dabei werden die Innovationen realisiert, die in den jeweiligen Rahmensetzungen produktiv sind oder effektiv selektiert werden. Unter den Bedingungen der fordistischen Massenproduktion (dreißiger bis siebziger Jahre) setzten sich in erster Linie solche Produkt- und Prozessinnovationen durch, welche die Produktivität der Arbeit durch die *economy of scale* steigerten. Massenproduktion und Massenkonsum waren die Folge dieser Entwicklungsphase.

Die Reduktion des Ressourcenverbrauchs, eine Steigerung der Energieeffizienz, die Schließung von Stoffkreisläufen und insgesamt eine Umweltkompatibilität spielten dagegen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Da diese Form der Produktivität und der Massenproduktion beschleunigt wuchsen, die Ressourceneffizienz dagegen kaum, führt diese Produktionsweise schnell an die Tragfähigkeitsgrenzen der Ökosystems.

Entwicklung ohne Zerstörung

Seit der industriellen Revolution und der Herausbildung kapitalistischer Ordnungen ist die wirtschaftliche Entwicklung ein permanent endogen durch die Kapitalverwertung angetriebener Prozess. *Joseph Schumpeter* zeigte auf, wie der Wirtschaftsapparat und das Kreditemissionssystem Innovationen erzeugt und verbreitet, neue Produkte auf den Markt bringt und alte Unternehmen, Produkte und Verfahren verdrängt.

Bei Schumpeter ist *Wachstum die Folge der wirtschaftlichen Entwicklung*. Insofern stellt sich die Frage nach einer Entwicklung, die nicht nur ohne ein Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Emissionen und Abprodukte) auskommt, sondern die trotz steigender Weltbevölkerung und nachholender Industrialisierung einen **absolut sinkenden Verbrauch** möglich macht.

Von daher geht es um die Frage, ob die Konstitution eines **neuen Typs von wirtschaftlicher Entwicklung** möglich ist? Kurz: Während das bisherige Wachstum die eigenen Voraussetzungen untergräbt, muss es um eine Entwicklung gehen, die auch langfristig möglich ist. Das ist die Frage nach der Nachhaltigkeit.

Die Antwort kann weder ein stationäres Wirtschaftssystem ohne Entwicklung sein, in dem alles gleich bleibt, noch die Fortsetzung der alten Massenproduktion mit einem wachsenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie, steigenden Emissionen und deponierten Abprodukten. Notwendig ist eine Wirtschaft, die durch Innovationen gestaltet wird, aber in ihrem Naturverhältnis quantitativ stationär bleibt und zwar dauerhaft in den Tragfähigkeitsgrenzen der Natur.

Grundsätzlich wäre ein *anderer Entwicklungspfad* denkbar, ökologisch, sozial und ökonomisch. So haben beispielsweise *Charles Sabel* und *Michael Piore* in ihrer Studie beschrieben, welche Chancen innovative Klein- und Mittelbetriebe bei einer „*Requalifizierung der Arbeit und Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*“ haben. Die MIT-Wissenschaftler gehen vom Ende der traditionellen Massenproduktion aus und sehen die Zukunft in einer „flexiblen Spezialisierung“.

Auch für eine ökologische Marktwirtschaft eröffnen sich große Innovationsmöglichkeiten. Sofern auf der stofflichen Seite erneuerbare Rohstoffe und Energien genutzt und alle Abprodukte und Emissionen durch eine Kreislaufwirtschaft verträglich in die Ökosysteme zurückgeführt würden, wäre – wie Jared Diamond aufgezeigt hat – theoretisch eine *fast endlose Fortsetzung stationärer Produktionssysteme* möglich, wenn es kein Bevölkerungswachstum gäbe.

Eine nachhaltige Entwicklung

Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung entsteht durch einen neuen Entwicklungspfad für Innovationen. Entscheidendes Kriterium ist nicht mehr die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die bisherigen Formen der Massenproduktion und des Massenkonsums, sondern die *Durchsetzung naturverträgliche Produkte und Konsumweisen*, die Herausbildung einer *Kreislaufwirtschaft* und der Umstieg in die *Solarwirtschaft*.

Ausgangspunkt für eine nachhaltige Entwicklung ist ein zeitliches Verständnis von Verantwortung, dass die absehbare Zukunft in die Entscheidungen der Gegenwart einbezieht. Das **regulative Prinzip der Nachhaltigkeit** heißt, die Bedürfnisse der heutigen Generationen so zu befriedigen, dass künftige Generationen das auch noch angemessen tun können. *Hans Jonas* nannte das „*Fernstenliebe*“.

Dieser Umbau wird durch eine *politische Regulation* ermöglicht, zu denen neben funktionsfähigen Märkten auch Ordnungssysteme, Eigentumsordnungen, Rechtsnormen und Verwaltungen gehören,

um jede *Form der Externalisierung zu Lasten der Allgemeinheit* zu beenden. Zudem erfordern die Innovationsziele Naturverträglichkeit und Ressourceneffizienz *globale, europäische, nationale und regionale Regulationsformen*: die Reform der Finanzmärkte, ein faires Rohstoffregime, die systematische Beschränkung und Absenkung ökologischer Nutzungsrechte, die gezielte Förderung sozial-ökologischer Innovationen, die alte Produkte und Verfahren ablösen, sowie eine gerechte Handelsordnung, um nur einige Eckpunkte zu nennen.

Effizienzrevolution und Solarwirtschaft

In diesem evolutionären Konzept wird eine massive Steigerung der Ressourceneffizienz möglich, die weit über eine Entkoppelung vom wirtschaftlichen Wachstum hinausgeht und global eine **deutliche Senkung des absoluten Verbrauchs** möglich macht. Erst dann werden tatsächliche Fortschritte möglich, werden die Effizienzfortschritte nicht kompensiert und wird der Rebound-Effekt vermieden.

Bis Mitte des Jahrhunderts muss nicht nur der Umstieg in die erneuerbaren Technologien geschafft, sondern auch eine 2.000-Watt-Gesellschaft verwirklicht werden. *Effizienzrevolution und erneuerbare Ressourcen* gehören zusammen. Energie wird aus erneuerbaren Quellen in Energiedienstleistungen gewandelt, es werden nur erneuerbare Rohstoffe genutzt oder nicht erneuerbare vollständig in einem Kreislauf geführt, damit keine Emissionen oder Abprodukte entstehen. Der wirtschaftliche Prozess bleibt dann *innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der natürlichen Systeme*.

Integrierte Ressourcenplanung

Beispielhaft sind diese Überlegungen in **Least-Cost-Planning (LCP)** – oder **Integrierter Ressourcenplanung (IRP)** – konkretisiert. Unter LCP wird ein *regulatorisches Konzept* für die leitungsgebundene Energiewirtschaft verstanden, das die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, vor einer Ausweitung von Erzeugungskapazitäten alle Maßnahmen der Energieeinsparung zu verwirklichen, die unter den Kosten für eine Bereitstellung von Energie liegen.

Danach müssen auf der Angebotsseite *systematisch alle Einspar- und Effizienzpotenziale* im Planungs- und Entscheidungsprozess ermittelt und berücksichtigt werden. Ziel des umfassenden Abwägungsprozesses ist es, die aus volkswirtschaftlicher Sicht und aus Kundenperspektive günstigste Variante zu finden und zu nutzen.

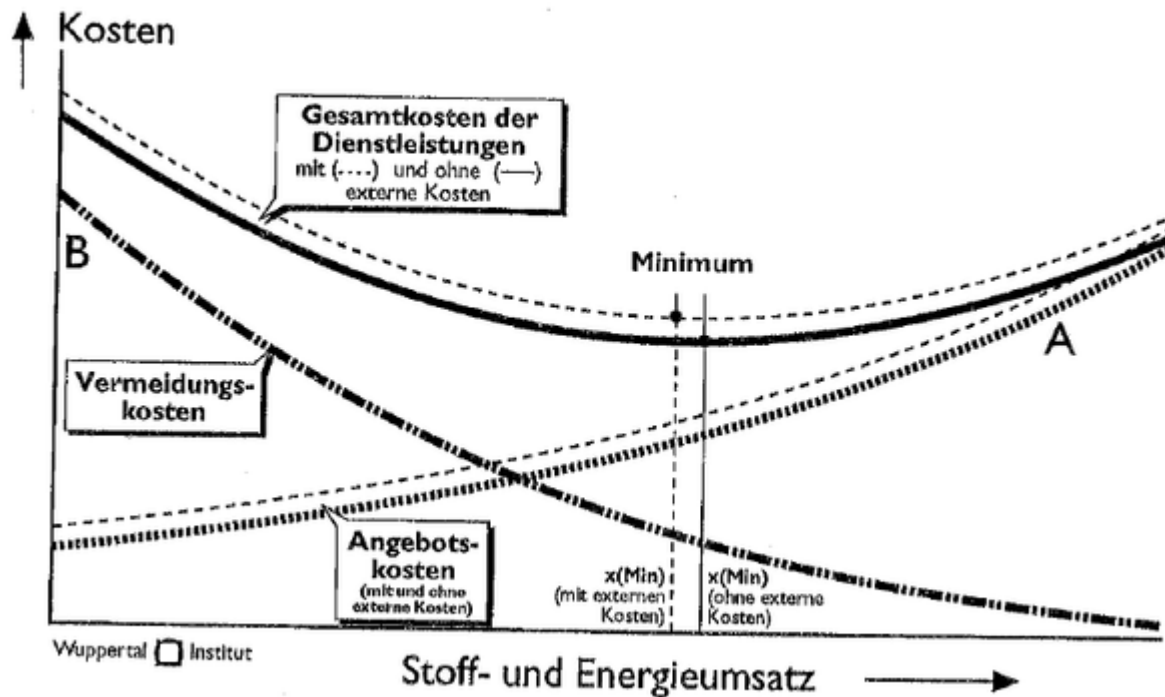
Worum es geht, ist die Befriedigung konkreter Bedürfnisse wie warmer Wohnraum, angemessene Kühlung oder ausreichende Beleuchtung. Energie ist das Zwischen- oder Hilfsprodukt, mit dessen Hilfe die Energiedienstleistung „hergestellt“ wird.

Von daher muss die Kette Primärenergie – Endenergie – Nutzenergie um den angestrebten Nutzeffekt – die **Energiedienstleistung** – verlängert werden, um die *kostengünstigste und ressourceneffizienteste Variante* verwirklichen zu können. Sie erfordern eine umfassende Betrachtung und ein Paket von Maßnahmen auf der Angebots- wie der Nachfrageseite.

Die Ökonomie des Vermeidens

Das theoretische Prinzip des LCP ist eine **Ökonomie des Vermeidens**, wie die Grafik belegt, in der die Kostenkurven der Energieerzeugung bzw. von Einsparinvestitionen eingetragen werden und aus beiden die Summenkurve gebildet. Ziel des LCP-Prozesses ist es, den Energieeinsatz zu fördern, der auf der Gesamtkostenkurve ein Minimum erreicht.

Tatsächlich ergeben sich über eine lange Phase erhebliche Kostenvorteile für eine Vermeidungsstrategie. Die sind umso größer, je mehr die externen Kosten einbezogen werden. Insofern ist eine Ökonomie des Vermeidens untrennbar mit einer Beendigung bisheriger Formen der *Externalisierung von Kosten* verbunden.



Wuppertal Institut

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Allerdings ist es nicht möglich, bei gegebenen Produkten *allein* durch die Verbesserung der Ressourceneffizienz zu einer *nachhaltigen Wirtschaft* zu kommen. Die mit Erdöl betriebenen Fahrzeuge können nicht so effizient gemacht werden, dass sie keine Ressourcen mehr verbrauchen, selbst wenn sie einen Wirkungsgrad von 100 Prozent bei der eingesetzten Energie erreichen würden. Allein die Zahl der Fahrzeuge und ihr ökologischer Rucksack sind zu groß, um in den Tragfähigkeitsgrenzen der Natur zu bleiben.

Ein Prozess zu einem schrumpfenden Verbrauch und zur Nachhaltigkeit ist *nur durch wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung möglich*. Eine bloße Reduzierung des Wachstums oder eine einfache Schrumpfung ohne eine grundlegende Veränderung der Produkte und Verfahren und ohne eine Veränderung in Lebensstilen und Konsummustern würde die Probleme nicht lösen, weil die Natur zerstörenden Wirtschaftsweisen zwar reduziert, aber nicht beseitigt sind.

In diesem Umbauprozess kommen auch dem *kulturellen Wandel*, der **gerechten Verteilung** der Lasten und der **Ausweitung von Demokratie** eine zentrale Bedeutung zu, um die Transformation mit dem Recht jedes einzelnen Menschen auf Entfaltung seiner Persönlichkeit zu verbinden, wozu auch Verantwortung und Teilhabe gehören. Zumal sie auch so nur möglich wird.

Literatur

- Altwater, Elmar. Nullwachstum und (oder) die Welt geht unter. 2011
- Daly, Herman. Steady-State Economics. 1977
- Diamond, Jared. Kollaps. 2005
- Easterlin, Richard. Growth Triumphant. 1998
- Foster, John Bellamy. Capitalism and Degrowth. 2010
- Georgescu-Roegen, Nicholas. The Entropy Law and the Economic Process. 1971
- Hauff, Volker. Unsere Gemeinsame Zukunft. 1987
- Jonas, Hans. Das Prinzip Verantwortung. 1979
- Kapp, William. Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft. 1958

- Land, Rainer. Schumpeter und der New Deal. 2009
- Land, Rainer. Zur Unterscheidung von Wachstum und Entwicklung bei Schumpeter. 2010
- Lutz, Burkart. Der kurze Traum von der immerwährenden Prosperität. 1984
- Mill, John Stuart. Principles of Political Economy. 1848
- Meadows, Dennis. Die Grenzen des Wachstums. 1972
- Müller, Michael/Peter Henricke. Wohlstand durch Vermeiden. 1994
- Müller-Plantenberg, Urs. Zukunftsverbrauch. 1998
- Piore, Michael/Charles F. Sabel. Das Ende der Massenproduktion. 1985
- Polany, Karl. Die große Transformation. 1978
- Scherhorn, Gerhard. Geld soll dienen. 2009
- Schumpeter, Joseph. Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. 1908
- Schumpeter, Joseph. Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 1912
- Smith, Adam. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. 1776
- Touraine, Alain. La Production de la Société. 1972
- Zinn, Karl Georg. Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. 1980
- Zinn, Karl Georg. Die Keynesche Alternative. 2008

November/Dezember (Ausgabe 12)

Themenschwerpunkt: Gerechtigkeit in der Europäischen Schuldengemeinschaft

Ein sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt statt Wettbewerb um jeden Preis

(von: Annelie Buntenbach)

Die Europäische Union steht vor der schwierigsten Bewährungsprobe seit Gründung der Gemeinschaft. Sie muss die sich anarchisch gebärdenden Finanzmärkte unter Kontrolle bringen, die hoch verschuldeten Mitgliedstaaten bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen bei gleichzeitiger Verbesserung von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit und dies - so verlangt es zumindest die im vergangenen Jahr beschlossene Zehnjahresstrategie "Europa 2020" - unter Aufrechterhaltung von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und der Verbesserung des Umweltschutzes. Doch die bislang seitens der europäischen Institutionen beschlossenen Antikrisentherapien gründen weder auf hinreichende Diagnosen noch überzeugenden Ansatz, Ziel oder Wirksamkeit der jüngst etablierten Regeln und Verfahren.

Man muss es sich immer wieder in Erinnerung rufen: Nicht gesetzliche Mindestlöhne, nicht inflationsindexierte Arbeitseinkommen und auch nicht die angeblich überforderten Renten- oder Sozialsysteme haben die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten in schwindelerregende Höhen getrieben. Verantwortlich für Entstehung und Ausweitung des finanziellen und wirtschaftlichen Desasters war in erster Linie das Zusammenwirken hoher privater Verschuldung gefolgt vom Zusammenbruch des kreditfinanzierten Nachfragebooms mit den weltweit explodierenden, zügellosen Spekulationen der Finanzwelt, der keinerlei realwirtschaftliche Fundierung zugrunde lag noch liegt. Es handelt sich um Spekulationen, die von den gewaltig überhöhten Zinssätzen für Kredite an überschuldete, notleidende Staaten profitieren. Diese fatale Mixtur riss die größten Löcher in die nationalen Haushalte, Löcher, die sich nicht mehr durch die Einnahmen stopfen ließen und die sich - vor allem in Griechenland - durch mangelhafte Verwaltungsstrukturen und fehlende Haushaltsdisziplin zu wahren Abgründen auswuchsen.

Haushaltskontrolle auf Kosten der Arbeitnehmer

Es ist offensichtlich, dass sich die zwischen September 2010 und Oktober 2011 von der EU beschlossenen Verfahren zur Kontrolle, Koordinierung und Steuerung der euro-päischen Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht zielgenau auf die eigentlichen Ursachen der Krise richten. Vielmehr fördern sie den Eindruck, die enormen Haushaltsdefizite seien ausschließlich Folge mangelnder Haushaltsdisziplin bzw. allzu expansiver Ausgabenpolitik. Das Verfahren zur Überwachung der nationalen Haushalte ("Europäisches Semester"), der zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten verabredete "EURO-Plus-Pakt" und die Anfang Oktober 2011 von einer hauchdünnen konservativen Mehrheit des Europäischen Parlaments und dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister verabschiedeten Maßnahmen zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zur Steuerung der Wirtschaft ("Sixpack") setzen folglich allein auf strikte Konsolidierung der öffentlichen Budgets, auf die Veränderung des Verhältnisses von Leistung und Kosten zulasten von Lohneinkommen und Arbeitsbedingungen, auf "strukturelle Reformen" insbesondere auf den Arbeitsmärkten und innerhalb der Sozialschutzsysteme. Im Klartext bedeutet das: Eindampfen staatlicher Sozialleistungen, Erhöhung des Rentenalters bei gleichzeitiger Absenkung der Renteneinkommen, fortgesetzter Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mitgliedstaaten, die dem vorgeschriebenen Tempo des Schuldenabbaus nicht folgen können, drohen zudem empfindliche Geldstrafen. Das wird vor allem die Länder treffen, die bereits heute schon mit den größten Finanzproblemen kämpfen. Das heißt, womöglich wird die verordnete Medizin am Ende schlimmer sein als die zu heilende Krankheit mit der Folge, dass die gesamte EU geradewegs in eine unaufhaltsame wirtschaftliche Abwärtsspirale geraten könnte.

Auch die Gefahr eines direkten Eingriffs der EU in die nationalen Lohnfindungssysteme ist möglicherweise noch nicht wirklich gebannt. Zwar ist es den europäischen Gewerkschaften gelungen, eine Klausel zum Schutz der Tarifautonomie durchzusetzen, die in die Verordnung zur

Behebung gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten eingefügt wurde. Die Klausel verweist auf den Lissabon-Vertrag und die dort enthaltene Charta der Grundrechte, die die Autonomie der Sozialpartner, den Sozialen Dialog, das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen und Arbeitskämpfmaßnahmen garantieren. Diese Artikel des Vertrags verbieten es den europäischen Institutionen, die nationalen Lohnverhandlungen, die gesetzlich oder tarifvertraglich verankerten Mindestlöhne oder Indexierungsvorschriften mittels politischer "Empfehlungen" zu beeinflussen.

Die Manipuliermasse

Die Verankerung dieser Schutzklausel ist ein großer Erfolg für die europäischen Gewerkschaften. Und sie werden sie nach Kräften nutzen, um die von der EU-Kommission durchaus geplante Deregulierung der nationalen Tarifvertragssysteme zu verhindern. Allerdings hatten die Gewerkschaften darüber hinaus für eine zusätzliche Schutzklausel plädiert. Sie sollte garantieren, dass die EU keinerlei Empfehlungen formulieren dürfe, die Themen außerhalb der vertraglich definierten Kompetenzen - insbesondere also Lohnfragen und Sozialschutzsysteme - berühren. Doch die doppelte Absicherung der Tarifautonomie scheiterte am Widerstand der konservativen Kräfte, ein deutliches Indiz für das nach wie vor bestehende Risiko, dass vor allem Lohneinkommen und sozialstaatliche Leistungen als Manipuliermasse wirtschaftsliberaler Antikrisenpolitik erhalten sollen.

In Griechenland wird diese Strategie seit Monaten knallhart umgesetzt. Das Land ist geradezu zum Laboratorium einer Konsolidierungspolitik geworden, die die Kosten und Lasten des staatlichen Schuldenabbaus allein auf die Schultern der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, der Rentner, der Arbeitslosen und der sozial Schwächsten verlagert. Dieser Austeritätspolitik treibt das Land immer tiefer in die Rezession. Er verhindert die Sanierung des Staatshaushaltes, schwächt die bereits stark angeschlagene Wirtschaft und führt zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die Gefahren einseitiger neoliberaler Konsolidierung

Das Beispiel Griechenland zeigt im übrigen, dass die Uhren in Europa mit zweierlei Taktzeiten ticken: Während Rentenkürzungen, Rückbau des öffentlichen Sektors einschließlich Entlassung von mindestens 30.000 Beschäftigten, Abschaffung des in einem landesweit geltenden Kollektivvertrag fixierten Mindestlohns (zur Zeit ca. 700 Euro brutto monatlich) und der Mindestarbeitsbedingungen auf Druck von IWF, EZB und EU-Kommission innerhalb von Tagen beschlossen wurden, bleiben die Profiteure der dramatischen Situation des Landes nach wie vor ungeschoren. Denn es ist nicht nur viel einfacher, auf der Ausgabenseite zu kürzen, als Spekulanten durch eine strenge Regulierung des Finanzmarktes an die Kandare zu nehmen, Spekulationsgewinne und besonders hohe Einkommen und Vermögen zu besteuern und der Wirtschaft des Landes durch nachhaltig wirkende Investitions- und Innovationshilfen auf die Beine zu helfen. Es ist Programm – ein gefährliches Programm, das zum Sprengsatz für ganz Europa werden kann.

Dieses Programm soll nämlich nicht nur für Griechenland, sondern für die gesamte EU gelten. So musste auch Irland den gesetzlichen Mindestlohn kürzen und Belgien die gesetzlich verankerte Lohnindexierung abschaffen, um nur zwei weitere Beispiele zu nennen - Beispiele übrigens, die der jüngst beschlossenen Schutzklausel (siehe oben) diametral zuwiderlaufen.

Die Empörung über die ausgebliebene Finanzmarktregulierung

Seit Jahren, spätestens seit dem Börsencrash des Jahres 2008, fordern die Gewerkschaften strikte Regeln für die Finanzmärkte, ein Verbot von Leerverkäufen, die Entschleunigung der Finanztransaktionen durch Versteuerung der Umsätze (erste Vorschläge für eine "Transaktionssteuer" entstanden bereits um 1972!) und eine Kontrolle über den außerhalb von Börsen und Banken getätigten Handel von Finanzprodukten. Nichts ist bislang geschehen, sieht man einmal ab von den Absichtserklärungen einiger Regierungsmitglieder und den Bemühungen des Europäischen Parlaments, gewisse Finanzprodukte zu verbieten und endlich die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Die Gewerkschaften werden also nicht locker lassen, mit europaweiten Aktionen auf die Einführung derartiger Regulierungen zu drängen.

Inzwischen steigt der gesellschaftliche Unmut spürbar. Schon schwappt die Welle des Protests vor allem junger Menschen gegen die Arroganz der Finanzwelt von der New Yorker Wallstreet auf die Bankenviertel in Frankfurt, Hamburg und weiteren europäischen Standorten über. In vielen Mitgliedsstaaten verliert der europäische Gedanke an Überzeugungskraft und Sympathie oder, schlimmer noch, steigt die Gefahr, dass sich Empörung und Enttäuschung über die unsoziale Politik der EU in rechtspopulistische, antidemokratische Strömungen verrennen. Soll das geeinte Europa nicht zur bloßen Freihandelszone verkommen, ist es allerhöchste Zeit für einen politischen Kurswechsel in Richtung auf eine europäische Sozialunion:

- Die Mitgliedstaaten der EU müssen gemeinsam und solidarisch Verantwortung für die Konsolidierung der stark verschuldeten Länderhaushalte übernehmen und geeignete Finanzmechanismen wie etwa Europäische Anleihen ("Eurobonds") und eine Bank für öffentliche Kreditvergabe etablieren.
- Die Regulierung der Finanzmärkte ist vordringlich. Zerstörerische Spekulationen müssen verboten und Wetten auf den finanziellen Niedergang von Staaten verhindert werden.
- Europaweit koordinierte Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen, sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer können zur Tilgung der Schulden beitragen und neue Impulse für eine soziale und ökologische Stabilisierung Europas geben.
- Die Konsolidierung der Staatshaushalte muss sozialverträglich und ohne Eingriffe in gesetzlich oder gar verfassungsrechtlich verbriefte Rechte oder Sozialsysteme erfolgen. Empfehlungen und Maßnahmen, die bestehende Rechte bereits unterlaufen, erfordern eine Korrektur. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit europäischer Politik und Solidität unserer Rechtssysteme.
- Die Autonomie der Sozialpartner, das freie Aushandeln von Löhnen und Arbeitsbedingungen sind unbedingt zu respektieren. Sie gehören zu den wichtigsten Grundpfeilern der Demokratie. Gleichzeitig ist die europaweite Einführung wirksamer Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping notwendig, um ein Auspielen der Mitgliedstaaten gegeneinander zu verhindern.
- Im Rahmen eines "Europäischen Marshall-Plans" sollten notleidende Mitgliedstaaten und wirtschaftsschwache Regionen Unterstützung erhalten. Hierzu müssen finanzielle Reserven etwa über die Europäische Investitionsbank oder die Struktur- und Regionalfonds bereitgestellt und Beratungsagenturen zur Entwicklung innovativer Strategien eingerichtet bzw. herangezogen werden.

Die Gewerkschaften wollen ein starkes Europa, das tradierte Werte respektiert und pflegt, das die Rechte seiner Bürger und Bürgerinnen auf Teilhabe an Demokratie und Wohlstand garantiert und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht. Wenn wir dieses Europa behalten wollen, brauchen wir einen Kurswechsel. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren zur Erarbeitung einer Strategie des wirtschaftlichen und sozialen Aufbruchs, die - kurzfristig - den viel zu einseitig ausgerichteten Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen "Sozialen Stabilitätspakt" von gleichem Rang und Wert ergänzt. Und die - langfristig - die bereits sechs Jahrzehnte währende Phase von Frieden und solidarischem Miteinander der europäischen Staaten fortsetzt.

2012

Januar/Februar (Ausgabe 13)

Themenschwerpunkt: Fortschritt für Industrie und Dienstleistung

Die Arbeitsverhältnisse im chinesischen Wachstumsmodell (von: Prof. Dr. Boy Lühje)

Chinas märchenhaftes Wirtschaftswachstum erscheint zu Beginn des Jahres 2012 mehr denn je als Kontrastprogramm zu den Turbulenzen des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems. Trotz deutlicher Rückgänge im Exportgeschäft im Gefolge der Euro-Finanzkrise und der Dauerstagnation in den USA betrug das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auch im abgelaufenen Jahr 9,2%. Diese Entwicklung wird zunehmend mitgetragen von der raschen Expansion des chinesischen Binnenmarktes. Dessen Entwicklung wurde von der politischen Führung des Landes im Gefolge der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. zur Top-Priorität erklärt, um damit die Abhängigkeit von den zunehmend unsicheren Exportmärkten in den entwickelten Industrieländern zu vermindern.

Der Umbau des wirtschaftlichen Wachstumsmodells ist bei näherem Hinsehen allerdings nicht sehr weit voran gekommen. Zwar ist im Fünf-Jahres-Plan von 2011 viel von „volksorientiertem Wachstum“ und einer besseren Balance zwischen Lohneinkommen und Profiten die Rede. Tatsache ist aber, dass sich die Diskrepanzen seit der Krise 2008-09 eher noch verschärft haben. Nach Daten des nationalen Statistikbüros stagniert der Anteil der Lohneinkommen am GDP seit Jahren bei ca. 35%, obwohl die Löhne in den letzten drei Jahren zum Teil kräftig erhöht wurden. Der Anteil der Investitionen ist gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007 sogar noch einmal deutlich gestiegen, von gut 40 auf fast 55%. Der Anteil der Nettoexporte am Volkseinkommen beträgt unverändert ca. 10%.

Fortgesetzt wird damit eine Wachstumsstrategie, die sich in extremer Weise auf Überschüsse in einigen exportstarken Schlüsselsektoren verlässt, in denen China heute die bedeutendsten Anteile an der Weltproduktion stellt - z.B. Informationstechnik, Textil und Bekleidung oder viele Haushaltswaren und Konsumgüter. Die dafür vorhandenen Produktionskomplexe in den Küstenregionen wie Shanghai, Zhejiang oder dem Pearl River Delta (PRD) werden weiter ausgebaut und ergänzt um neue, ähnliche Strukturen in Inlandsregionen, namentlich in der Provinz Sichuan und in Chongqing. Abgestützt wird das ganze durch massive staatliche Investitionen in fortgeschrittene Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die in den letzten Jahren zu einem beispiellosen Ausbau von Autobahnen, Hochgeschwindigkeitsbahnen und modernsten Handynetzen geführt haben.

Die anhaltenden Ungleichgewichte zwischen Investitionen und Konsum beschleunigen die Tendenzen zur Überakkumulation von Kapital in zentralen Industriesektoren. Wenn die Exportnachfrage abkühlt, wie es seit Mitte 2011 wieder der Fall ist, werden diese akut. Kapital verschiebt sich dann regelmäßig in spekulative Bereiche, zuletzt vor allem in den Immobiliensektor.

Die Preisspekulation hat hier solche Ausmaße erreicht, dass die Regierung eine Reihe von drastischen Maßnahmen zur Begrenzung von Preisen und Bauangebot verhängen musste. Der nunmehr eingesetzte Rückgang des Preisniveaus hat nicht nur viele Immobilienneubesitzer in finanzielle Bedrängnis gebracht. Auch die lokalen Regierungen verlieren hierdurch einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte aus Landverpachtungen, die in einigen Regionen 40% der kommunalen Einnahmen ausmachen.

Soziale Unruhen als Motor des Umbaus?

Diese Widersprüche im ökonomischen Entwicklungsmodell sind der Boden für soziale Unruhen, die vor allem die wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen erfasst haben. Proteste von betrogenen Wohnungskäufern, unrechtmäßig enteigneten Bauern und um ihre Löhne geprellten Arbeitern haben sich hier im letzten Jahr immer wieder gehäuft. Dazu kommen Proteste gegen die Vergiftung von Menschen und Umwelt durch unkontrollierte Industrieemissionen, die in einigen Regionen den Charakter von Massenbewegungen angenommen haben.

Weltweite Schlagzeilen machten die Streiks bei Zulieferern von japanischen Autokonzernen wie Honda in Südchina im Frühsommer 2010. Diese richteten sich gegen willkürliche Kürzungen von Löhnen und Zulagen, mit denen der gerade erhöhte gesetzliche Mindestlohn unterlaufen werden sollte. Insgesamt waren etwa 100 Betriebe im Ausstand. In einigen Betrieben kam es zu offenen Konfrontationen zwischen Belegschaften und lokalen Regierungen und Gewerkschaften. In anderen Fällen stellten sich die offiziellen Gewerkschaften aber vor die Arbeiter und konnten zumeist recht kräftige Lohnerhöhungen aushandeln.

Trotz des beachtlichen Umfangs solcher Konflikte sollte man allerdings nicht von einer Massenstreikbewegung sprechen, wie von manchen Beobachtern nahe gelegt wurde. Produktions- und Sozialbedingungen in Chinas Industriebetrieben sind außerordentlich differenziert. Bezahlung, Beschäftigungsbedingungen und Zusammensetzung der Belegschaften unterscheiden sich erheblich, ebenso sind Gewerkschaften in ganz unterschiedlichem Ausmaß präsent und aktiv.

Dies schlägt sich in einer Reihe unterschiedlicher Produktionsregimes in den Kernbereichen der Industrie nieder. Diese reichen vom marktwirtschaftlich gewendeten Staatsbetrieb mit spät-sozialistischer Betriebsgemeinschaftsideologie bis zur Familienbude mit Migranten im Niedriglohn. Zugleich verschieben sich mit dem Vordringen moderner Produktionskonzepte auch die Grenzen zwischen den Produktionsregimes innerhalb bedeutender Branchen und Betriebe[1].

Die Automobilbranche bietet ein besonderes Beispiel. Sie ist traditionell ein Hochlohnbereich, der von prominenten Gemeinschaftsunternehmen multinationaler Autokonzerne und chinesischen Staatsunternehmen geführt wird. Firmen wie Shanghai-Volkswagen zahlen hohe Löhne, die Arbeitsbedingungen sind relativ gesichert und die Sozialleistungen entsprechen internationalen Standards.

Dagegen ist der Zulieferbereich, vor allem in der zweiten und dritten Reihe, von Regimes der flexiblen Massenproduktion in mehr oder weniger modernen Betrieben mit Niedriglohnarbeit beherrscht. Durch die Modularisierung der Produktion wandert ein zunehmender Teil der Produktion in diesen Bereich. Zugleich experimentieren die führenden Autohersteller mit neuen flexiblen Fertigungsbetrieben in Standorten mit niedrigen Löhnen außerhalb der etablierten Industriezentren.

Kein New Deal für Chinas Werktätige

Die Autostreiks in Südchina waren vor allem deshalb brisant, weil dort das untere Segment der flexiblen Massenproduktion in besonderer Weise vertreten ist. Die Belegschaften sind hier fast durchweg junge ArbeitsmigrantInnen, deren Protestbewegungen in den letzten Jahren immer stärker zum Motor sozialer Reformen geworden sind. Diese flammten im Herbst 2011 wieder in einer Reihe von größeren Streiks auf, nicht nur in Südchina, sondern zuletzt auch in Nanjing beim koreanischen Elektronikhersteller LG.

Mit flexiblen Löhnen und Beschäftigungsbedingungen sind aber die meisten Lohnabhängigen in China konfrontiert. Das Grundproblem dabei sind die Lohnsysteme. Fast überall liegen die Basislöhne nicht höher als 50 oder 60% des regelmäßigen monatlichen Verdienstes. Der Rest wird durch Zulagen, Leistungsprämien oder Überstunden verdient. Der Zwang zu überlangen Arbeitszeiten ist so in die Lohnsysteme eingebaut. Solche Lohnstrukturen finden sich fast unter allen Produktionsregimes, namentlich auch staatseigener Betriebe. Nur einige Flaggshipbetriebe, wie die der Autoindustrie, zahlen höhere Grundlöhne.

Eine tarifvertragliche Regulierung der Löhne fehlt fast völlig. Selbst in Betrieben mit starken Betriebsgewerkschaften werden keine echten Verhandlungen über Löhne geführt. Stundenlöhne sind fast nirgendwo in Kollektivvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern fixiert. Dies entspricht dem traditionellen Selbstverständnis der chinesischen Staatsgewerkschaften. Deren Unterordnung unter Staat und Partei wird unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen zu einer direkten Abhängigkeit vom Kapital, da die Betriebe in der Regel die Gewerkschaften mit finanzieren.

Die mangelnde institutionelle Absicherung der Löhne bildet damit ein Kernproblem der Umstrukturierung von Chinas Wirtschaftsmodell. Ein durchgreifender Kurswechsel erscheint kaum möglich ohne grundlegende arbeitspolitische Strukturreformen und (vom Kapital) unabhängige Gewerkschaften mit demokratischen Strukturen. Relevante Experten aus den Gewerkschaften in China verfechten heute durchaus solche Vorstellungen. Sie nehmen auch gerne Bezug auf den US-amerikanischen New Deal in den 1930er Jahren, unter dem die Gewerkschaften von der Politik als Bündnispartner für eine Hebung des Lebensstandards der Lohnabhängigen anerkannt wurden.

Davon ist China im Jahre 2012 weit entfernt. Die Autostreiks in Südchina haben in dieser Hinsicht allerdings Fortschritte erbracht. In einigen wichtigen Standorten experimentieren die lokalen Gewerkschaften heute mit Lohnverhandlungen und demokratischen Wahlen der betrieblichen Vertreter. „Collective bargaining“ ist ein von Gewerkschaftern in der Region häufig zu hörender Begriff. Abgestützt wurde dies durch den Entwurf einer Richtlinie der Provinzregierung zum „demokratischen Management“, die Tarifverhandlungen und Streiks mit wirtschaftlichen Zielsetzungen faktisch anerkannte.

Deren Umsetzung scheiterte aber am Widerstand maßgeblicher lokaler Kapitalgruppen, namentlich der in Südchina sehr starken Lobby der Hongkong und Taiwan-Unternehmen. Provinzparteichef Wang Yang preist inzwischen wieder öffentlich Foxconn, den wegen einer Selbstmordserie junger ArbeitsmigrantInnen in Verruf gekommenen Elektronikfertiger aus Taiwan. Auf einer hochrangigen Konferenz der Provinzregierung wurden kürzlich 185 Modellunternehmen für harmonische Arbeitsbeziehungen vorgestellt. Als besonderes Modell wurde ein Werk des für seine gewerkschaftsfeindlichen Praktiken bekannten Samsung-Konzerns ausgezeichnet.

[1] Für eine systematische Analyse dieses Produktionsregimes siehe den vom Autor zusammen mit Luo Siqi und Zhang Hao im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegten Forschungsbericht „Socio-Economic Transformation and Industrial Relations in China“, aus dem demnächst auch in deutscher Sprache veröffentlicht wird.

Sozialer Basisschutz - eine Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung?

(von: Dr. Thomas Greven)

Bei ihrem letztem Treffen Anfang November 2011 hat die G20-Gruppe in Cannes die Relevanz des UN-Konzepts eines sozialen Basisschutzes (Social Protection Floor) anerkannt, gleichzeitig allerdings auf die Bedeutung „nationaler Bedingungen“ hingewiesen. Eine klare Finanzierungsplanung wurde nicht vorgelegt.

Mit dem Konzept hat sich vor allem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) neu in die Debatte um soziale Sicherung in Entwicklungsländern eingebracht. Soziale Sicherung ist Teil der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda) von 1999, und für 2012 wird erwartet, dass die ILO einen Aktionsplan für die Umsetzung des sozialen Basisschutzes entwickelt.

Einerseits ist dies der Versuch dieser ebenso altehrwürdigen wie zahnlosen Organisation, ihre alten Themen (vor allem das Übereinkommen Nr. 102 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit von 1952) neu verpackt ins Spiel zu bringen. Andererseits vollzieht die ILO einen gewissen Paradigmenwechsel, denn während sich die von nur 47 Ländern, darunter nur eine Handvoll Entwicklungsländer, ratifizierte Konvention Nr. 102 auf Versicherungsleistungen fokussierte und damit auf formal Beschäftigte, wie sie in der entwickelten Welt die Regel sind, „entdeckt“ der Social Protection Floor die informelle Wirtschaft und schlägt Grundsicherungsmaßnahmen vor, die u.a. über Transfers erfolgen sollen.

Worum geht es genau?

Alle Länder sollen einen Basisschutz zur Verfügung stellen, der vier grundlegende Garantien enthält: Erstens sollen alle Einwohner Zugang zu einer gesundheitlichen Grundversorgung haben. Zweitens sollen alle Kinder Einkommenssicherheit genießen, mindestens in Höhe der nationalen Armutsgrenze. Dies kann durch Geld- oder Sachleistungen erfolgen und schließt den Zugang zu Bildung ein. Drittens sollen auch alle Menschen in aktiven Altersgruppen, die kein oder ein zu geringes Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen, Einkommenssicherheit auf dem Niveau der nationalen Armutsgrenze erhalten, wiederum durch Geld- oder Sachleistungen; der Zugang zu Nahrung und Bildung soll gesichert sein. Viertens soll in gleicher Weise auch die Einkommenssicherheit älterer und behinderter Menschen gesichert werden.

Auf die Kritik, die z.T. auch von Gewerkschaften vorgebracht wird, dass diese Grundsicherung Gefahr läuft, bestehende Maßnahmen zu unterlaufen, antwortet die ILO, dass der Basisschutz Teil eines zweidimensionalen und dreistufigen Konzepts ist. Die drei Stufen sind Grundsicherung, Pflichtversicherungen und freiwillige Versicherungen, wobei sich der Schutz mit steigendem Einkommen verstärkt.

Die ILO gibt nicht bestimmten Konzepten den Vorrang, die Grundabsicherung der Bevölkerung kann über unterschiedliche Maßnahmen erfolgen: universelles Grundeinkommen, unbedingte Sozialtransfers, bedarfsorientierte Sozialleistungen sowie Mischungen. Im Vordergrund steht die Garantie von Zugängen zu Gesundheit, Nahrung und Bildung.

Paradigmenwechsel der sozialen Sicherung

Ob der Ansatz des Social Protection Floor geeignet ist, die Debatte zu prägen und politisch wirkmächtig zu werden, ist noch unklar. Die ILO betont, dass soziale Sicherung Menschenrecht ist und nicht freiwillige „Gabe“. Möglicherweise ist am Ende eine Argumentation, die soziale Sicherung als Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung sieht, einflussreicher. Diese Begründung für soziale Grundsicherung wird nachrangig auch von der ILO genannt, prägt aber vor allem die noch laufende Diskussion bei der Weltbank. Für diese wäre dies ein bedeutender Paradigmenwechsel, nämlich der Abschied von der neoklassisch-neoliberalen Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum gegenüber allem anderem Vorrang haben muss, weil sich in seiner Folge die gewünschten sozialen Segnungen schon einstellen werden. Mit Blick auf die fundamentalen Lebensunsicherheiten in armen Ländern und insbesondere in deren informellen Wirtschaften wird zunehmend erkannt, dass ein Mindestmaß

an sozialer Sicherung eine grundlegende Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung ist.

Außer Frage steht in der Tat die Brisanz des Problems: Etwa 80% der Weltbevölkerung haben keinen umfassenden Zugang zur Abdeckung sozialer Risiken, etwa 60% erhalten keine Rente, 30% haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Umgekehrt haben nur 15% Zugang zu einer Arbeitslosenversicherung. Das Problem ist besonders virulent in der informellen Wirtschaft, in der in vielen Entwicklungsländern die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten tätig ist. Zwar ist die Zugehörigkeit zum informellen Sektor nicht gleichbedeutend mit Armut, tatsächlich gibt es dort äußerst erfolgreiche, kreative und innovative Wirtschaftsakteure. Es ist auch keineswegs so, dass die Menschen in der informellen Wirtschaft keine Steuern oder andere Beiträge bezahlen würden oder könnten, aber weil grundlegende Lebensunsicherheiten dort sehr stark verbreitet sind, können sie dies oft nicht in der Regelmäßigkeit und gleichbleibenden Höhe tun, wie es im formellen Sektor und in an diesem orientierten Versicherungssystemen üblich ist. Hier müssen (und können) Lösungen gefunden werden. Ganz klar ist, dass Maßnahmen, die den informellen Sektor nicht mit einbeziehen, nicht geeignet sind, für das Problem der sozialen Unsicherheit Abhilfe zu schaffen.

Schritte der Umsetzung

Viele Studien zeigen, dass die Finanzierung von inklusiven Maßnahmen zur sozialen Grundsicherung möglich ist. Bereits eine Investition von 4% des Bruttoinlandsprodukts könnte die Armutsrate um 40% reduzieren (bezogen auf den Nahrungsmittelbedarf). Damit könnte man der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele näher kommen. Wie so oft, ist der politische Wille der verantwortlichen Entscheidungsträger entscheidend. Daran mangelt es national wie international, wiewohl viele Entwürfe kursieren.

Bekanntlich ist Papier geduldig, und auch bei der ILO wird viel davon produziert. Aktionspläne werden diskutiert, z.B. in Afrika (basierend auf der Yaoundé Tripartite Declaration on the Implementation of the Social Protection Floor von 2010), aber man wird bis zur Internationalen Arbeitskonferenz 2012 im Juni warten müssen, um zu sehen, ob die ILO einen wirksamen Maßnahmenkatalog entwickeln und finanzieren kann.

Grundsätzlich werden drei Ansätze diskutiert, die alle ihre Stärken und Schwächen haben:

1. Der Ausbau bestehender Versicherungssysteme, die aber meist wie bisher Beschäftigte in der informellen Wirtschaft und deren Angehörige nicht erreichen.
2. Steuerfinanzierte Zahlungen für verschiedene Zwecke, universell oder bedarfsorientiert (Renten, Sozialhilfen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Schule etc.). Hier wird von Kritikern befürchtet, dass insbesondere universelle Programme zu Abhängigkeiten und negativen Folgen für den Arbeitsmarkt führen, es geht also u.a. darum, sie zielgruppenspezifisch auszugestalten.
3. Lokale Kleinprogramme und Programme speziell für den informellen Sektor, z.B. Genossenschaften im Gesundheitsbereich. Hier bestehen offensichtlich Reichweiteprobleme und z.T. auch Finanzierungsprobleme. Andererseits sind hier die kreative Beteiligung und die Selbstermächtigung der Betroffenen am größten.

Diese Fragen der Beteiligung und Ermächtigung der Betroffenen und auch die verwandte Frage der Macht am Arbeitsplatz, sind in der Debatte um soziale Grundsicherung zumeist nur ein Randthema. Bei der ILO, die das Thema der sozialen Sicherung im Kontext ihrer Agenda für menschenwürdige Arbeit diskutiert, wo es auch um grundlegende Arbeitnehmerrechte geht, nimmt es noch den größten Stellenwert ein. Dies ist sicherlich auch der starken Stellung der Gewerkschaften zu verdanken, für die soziale Sicherung als Instrument der Armutsreduktion gleichzeitig auch der Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit dient.

Sicherungssysteme für den informellen Sektor

Die Vielfalt der nationalen und lokalen Ansätze zur Förderung der sozialen Sicherung, insbesondere in der informellen Wirtschaft, wurde bei einer regionalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in

Bamako, Mali, im November 2011, deutlich. Hier diskutierten Praktiker und Experten aus ganz Westafrika (und Kamerun) nicht nur über die Programme aus Brasilien (Bolsa Familia, das u.a. Geldzahlungen an arme Familien vorsieht, wenn diese ihre Kinder zur Schule schicken und impfen lassen) und Namibia (Pilotprojekt mit bedingungslosen Geldzahlungen), die weltweit Aufmerksamkeit erlangt haben, sondern auch über erste Erfahrungen mit innovativen lokalen Programmen in Benin und Senegal (Gesundheitsgenossenschaften). Traditionell überwiegen in Westafrika, wo die informelle Wirtschaft im Schnitt 80% ausmacht (was sie in den Worten eines Teilnehmers zur „l'économie populaire“, zur volkstümlichen Wirtschaft, macht), Systeme der sozialen Sicherung, die auf weitverzweigten Großfamilien beruhen. Angesichts des großen Misstrauens gegenüber dem Staat, der meist als Selbstbedienungsladen korrupter (städtischer) Eliten wahrgenommen wird (oft zu Recht), werden die großfamiliären Solidarsysteme vielfach gar als überlegen betrachtet. Doch auch wenn sie nützlich sind, insbesondere in Abwesenheit verlässlicher anderer Schutzmechanismen, so können sie keine Garantien bieten, weil es ja sein kann, dass alle Familienmitglieder gleichzeitig in der Krise stecken. Zudem überfordern sie die Starken, die oft dauerhaft für zu viele Menschen verantwortlich sind. Wenn Leistungsträger überlastet sind und demotiviert werden und nicht in die ihr eigenes Fortkommen und in die Ausbildung ihrer Kinder investieren können, wird das System zum Entwicklungshindernis. Nicht zuletzt trägt das familiäre Solidarsystem zum dramatischen Bevölkerungswachstum bei und damit zur Überlastung der natürlichen und staatlichen Ressourcen, z.B. sind die Kommunen mit dem Bau von Schulen überfordert.

Ganz klar deutlich wurde in den Diskussionen, dass in Westafrika die Auseinandersetzung mit dem Konzept des Social Protection Floor weitergehen muss: Vorhandene Programme müssen ausgewertet werden und es bedarf intensiver Lobbyarbeit, auch der Gewerkschaften, um den politischen Willen in den betroffenen Ländern zu erzeugen, für eine solche Basisabsicherung der Bevölkerung zu sorgen.

Anhang

Die Autorinnen und Autoren

PD Dr. Martin Allespach, Geboren am 10. Januar 1962 in Mauer / Rhein-Neckar-Kreis, Leiter des Bereichs für Grundsatzfragen, Gesellschaftspolitik und strategische Planung beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt a. Main

Annelie Buntenbach, Geboren am 24. Februar 1955 in Solingen, seit 2006 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB

Dr. Michael Dauderstädt, Geboren am 24. Oktober 1947 in Nördlingen, seit 2006 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich Ebert Stiftung

Dr. Sabine Ferenschild, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut Südwind (Institut für Ökonomie und Ökumene) in Siegburg

Sina Frank, Geboren 1979, Persönliche Referentin der Chefin der Senatskanzlei in Berlin

Dr. Thomas Greven, Privatdozent für Politikwissenschaft an der FU Berlin

Dietmar Hexel, Geboren am 21. November 1949 in Soltau, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands seit 2002

Dr. Kai Lindemann, Verantwortlicher Redakteur des Debattenmagazins GEGENBLENDE, geboren 1968 in Bremen

Prof. Dr. Boy Lüthje, Geboren 1959, Gastprofessor an der School of Government der Sun Yat-Sen University in Guanzhou, China

Roland Olbrich, Diplom-Biologe

Michael Vassiliadis, geb. 1964, seit Oktober 2009 Vorsitzender der IG BCE

Selbstdarstellung „Gegenblende“

Über Gegenblende

GEGENBLENDE ist das gewerkschaftliche Online-Magazin für die Debatten zur Zukunft unserer Gesellschaft.

Mit dem Online-Debattenmagazin GEGENBLENDE führt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Tradition der Gewerkschaftlichen Monatshefte in einem zeitgemäßen Format fort. GEGENBLENDE ist ein Debattenmagazin für den wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskurs.

GEGENBLENDE greift aktuelle Debatten auf und spitzt sie zu. Alle zwei Monate erscheint eine thematische Schwerpunktausgabe. Wöchentlich werden neue Beiträge, Rezensionen, Ausstellungsbesprechungen, Filmkritiken, Interviews und Erwiderungen auf GEGENBLENDE veröffentlicht. Es dient als Hintergrundmagazin der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der breiten interessierten Öffentlichkeit. Alle Beiträge können kommentiert werden.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Dr. Kai Lindemann (verantwortlicher Redakteur)

(Quelle: <http://www.gegenblende.de/07-2011/++co++47b9ec50-de76-11de-7c88-00093d10fae2>)

Hinweise zum Wiki Gute Arbeit

Allgemeines zum Wiki Gute Arbeit

Das "Wiki Gute Arbeit" (www.wiki-gute-arbeit.de) ist ein - in Vielem der „Wikipedia“ analoger – Wissensspeicher zu Fragen der Arbeitswelt. Es wird mit derselben Software (Mediawiki) gestaltet wie die Wikipedia (allerdings mit einer etwas früheren Version dieser Software).

Inhaltliche Unterschiede zur Wikipedia sind u.a.:

- ein eingegrenzter Themenbereich (Arbeitsbeziehungen, Interessenvertretung abhängig Beschäftigter, Gewerkschaften),
- ein eindeutig gewerkschaftlich / arbeitnehmerInnenorientierter Standpunkt,
- ein relativ hohes Gewicht einiger fester Rubriken (Literatur- und Materialien, gewerkschaftliche Dokumente, ...)

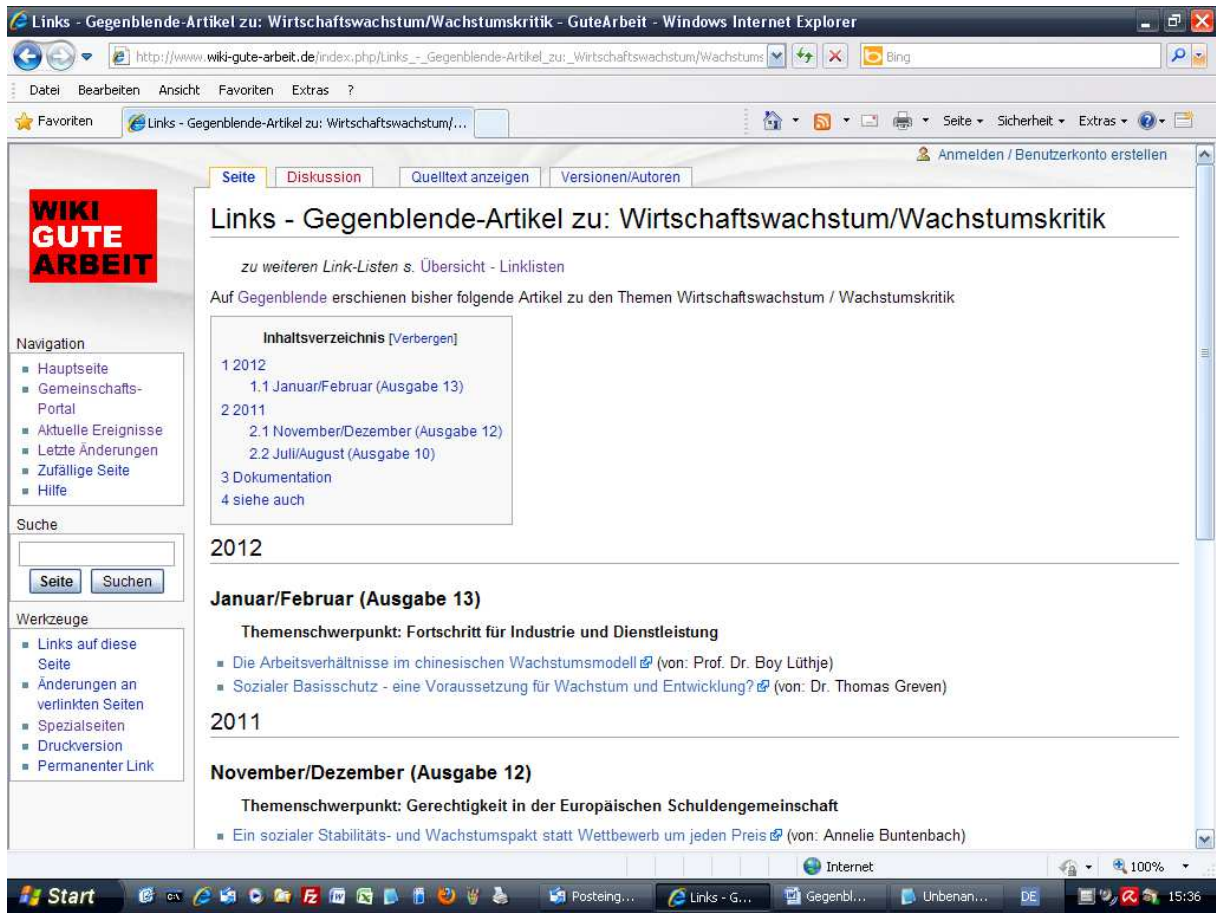
Es ist nicht der Anspruch des Wiki Gute Arbeit, daß die Themen im Wiki selbst erschöpfend behandelt werden. Es hat in starkem Maße "Portal"-Charakter; d.h., daß auf Materialien - sowohl im web als auch in Papierform - verwiesen wird.

Das Wiki Gute Arbeit hat bei weitem noch nicht die Anzahl von Artikeln zu Stichworten wie die Wikipedia. Deshalb ist - neben der Stichwort-Suche - der systematische Zugriff über "thematische Übersichten" und Rubriken von relativ größerer Bedeutung. Die meisten dieser Übersichten und Rubriken sind von der Startseite ("Hauptseite") aus zugänglich.

The screenshot shows the homepage of 'Wiki Gute Arbeit' in Internet Explorer. The browser window title is 'GuteArbeit - Windows Internet Explorer'. The address bar shows 'http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Hauptseite'. The page content includes a navigation menu on the left, a search box, and a main content area with several sections:

- Willkommen beim Wiki Gute Arbeit**: A welcome message stating the platform is for information and knowledge exchange for all interested parties, including trade union members and experts on '(Gute) Arbeit' and related topics.
- Abgrenzung zur Wikipedia**: A section explaining how 'Wiki Gute Arbeit' differs from Wikipedia, listing:
 - eingegrenzter Themenbereich (Arbeitsbeziehungen, Interessenvertretung abhängig Beschäftigter, Gewerkschaften),
 - ein eindeutig gewerkschaftlich / arbeitnehmerInnenorientierter Standpunkt,
 - ein relativ hohes Gewicht einiger fester Rubriken.
- Rubriken**: A table listing various content categories:
 - Literatur- und Material-Listen
 - DGB-Materialien
 - Ver.di-Materialien
 - Gewerkschaftliche Dokumente
 - Betriebliche Vereinbarungen
 - Link-Listen
 - Dokumentationen/Reader
- thematische Übersichten**: A section with the text 'siehe: GuteArbeit:Portal'.
- alphabetische Stichwortverzeichnisse**: A section with the text 'siehe: GuteArbeit:Stichworte'.
- Hinweise für AutorInnen**: A section with the text 'Das Verfassen eigener Beiträge sowie Ergänzungen und Veränderungen von Inhalten im Wiki Gute Arbeit sind nur für registrierte NutzerInnen möglich.' and a link 'Hier geht's zur NutzerInnen-Registrierung'.

Die Seite „Links - Gegenblende-Artikel zu: Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“



Diese Seite ist von der Start-/Hauptseite des Wiki Gute Arbeit (vgl. Abb. vorangehende Seite) u.a. auf folgende Weise zu erreichen:

- im Feld „suche“ in der linken Navigations-Spalte „Gegenblende“ eingeben
-> Seite „Gegenblende“;
- auf dieser Seite unter der Überschrift „siehe auch“/„thematische Zusammenstellungen“ den Link „Links - Gegenblende-Artikel zu: Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“ wählen.